

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Preisbezug 3,27 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Zusatzenbestimmungen 3,65 M. pro Monat; für Föhaber mit ermäßigtem Drucklochenzettel 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal. Die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage „Wald und See“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einpalt. Millimeterzelle 90 Pf. Namezelle 2.— M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 20 Pf. (schlief zwei fertige Blatt-Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt 11. Text-Wörter über 15 Buchstaben zählen für zwei Wörter. Arbeitsmarkt-Millimeterzelle 25 Pf. Familienanzeigen-Millimeterzelle 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht gemäßer Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Et. S. u. Disc.-Ges., Depotk., Jerusalemstr. 65-66

SA. marschiert - wer finanziert? Eine Frage, die alle angeht.

Die sogenannte politische Notverordnung, deren Kernstück die Aufhebung des SA-Verbots und des Uniformverbots sein wird, soll am Freitag in Kraft treten. Bereits gestern erschienen die nationalsozialistischen Abgeordneten des Landtags in der neuen Hitler-Uniform — den Notverordnungsjacken —, so daß das Plenum des Landtags auf der rechten eher einer englischen Armeeversammlung gleich als einem deutschen Parlament.

Die Öffentlichkeit hat das größte Interesse, im Zusammenhang mit dem Wiederauftreten einer neu uniformierten SA, eine Reihe von Fragen geklärt zu sehen.

Zunächst: wer bezahlt die Neuuniformierung der SA, deren Kosten insgesamt auf niedrig gerechnet 15 Millionen Mark geschätzt werden? Die Frage ist angesichts des ungeheuren Elends nur zu berechtigt!

Weiter: bezieht die Absicht, der SA, eine halbstaatliche Stellung zu geben?

Sicher ist, daß eingehende Vorbesprechungen der SA-Leitung mit Reichsbehörden über die künftige Gestaltung der hitlerischen Privatarmee stattgefunden haben, die bis in die Einzelheiten gegangen sind. Ferner hat Hitler unterm Datum des 14. Juni eine Reorganisation seines Stabes angeordnet. Man findet in dieser Anordnung nichts über den Stab der SA, wohl aber: Reichsinspektion I, Leiter Oberleutnant Paul Schulz. Der Organisator der sogenannten „Arbeitskommandos“ von 1923 ist seit längerer Zeit von Hitler als Organisator der „Arbeitsdienstpflicht“ vorgesehen.

Ueber diese Dinge, die von brennendem Interesse sind, hat die „Deutsche Zeitung“ vom 13. Juni eine Veröffentlichung vorgenommen, in der sie sich rühmt, daß sie über die Absichten der Reichsstellen genau unterrichtet sei. In dieser außerordentlich sonderbaren Veröffentlichung heißt es: „Aus dem lehreren und aus der Verordnung vom 5. Mai ergibt sich, daß die Führer der SA zunächst ihre Sitzungen dem Reichsminister zur Prüfung vorzulegen haben. Dabei dürfen dann die notwendigen Verabredungen über alle Einzelheiten, insbesondere über die künftige Gliederung und Verwendung der SA, getroffen werden.“

An die Aufhebung des Uniformverbotes sind schon im voraus alle möglichen Gerüchte über angebliche amtliche Uniformierungspläne für die SA und SS geknüpft worden. Davon kann natürlich keine Rede sein. Die zuständigen Stellen stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß es nach erfolgter Aufhebung des SA-Verbetes Sache der SA-Führung sei, die Uniformen zu bestimmen. Es dürfte also zunächst die alte SA- und SS-Uniform beibehalten werden.

Daß der Staat sich im übrigen bei der Lösung der großen nationalen Zukunftsaufgaben — wir denken vor allem an die Arbeitsdienstpflicht — in erster Reihe auf die großen, im Geiste der alten soldatischen Disziplin ausgebauten nationalen Verbände stützen wird und nicht auf Reichsbanner und Reichfront, ist eine Selbstverständlichkeit, mit der sich die Novemberlinge und die schwarz-rotten Rassenkampfparteien abfinden müssen. Wenn in den nächsten Tagen die SA wieder marschiert, beginnt der Wiederaufbau Deutschlands aus dem Geiste einer neuen nationalen Disziplin.

Die SA-Führung hat inzwischen die Uniformen bestimmt, man konnte sie auf der Modenschau im Landtag besichtigen. Wer sie finanziert, ist eine andere Frage!

Was heißt im übrigen Arbeitsdienstpflicht, so wie die SA-Führung und die „Deutsche Zeitung“ es auffaßt? Wir sehen von der Unmöglichkeit und Unsinnigkeit einer Arbeitsdienstpflicht ab, und stellen nur fest: Arbeitsdienstpflicht setzt Allgemeinheit der Verpflichtung voraus. Eine sogenannte Arbeitsdienstpflicht, die, wie die „Deutsche Zeitung“ andeutet, ausschließlich der SA und etwa dem Stahlhelm eine halbstaatliche oder staatliche Stellung gäbe, wäre nichts anderes als die Aufstellung einer faschistischen Miliz. In diesem Fall wäre es ganz klar, daß diese Arbeitsdienstpflicht, wie die „Deutsche Zeitung“ sie auffaßt, mit Arbeit so wenig zu tun hat, wie seinerzeit die „Arbeitskommandos“ des Oberleutnants Paul Schulz.

Man spekuliert in den Kreisen, deren Sprachrohr die „Deutsche Zeitung“ ist, auf eine braune Miliz, die als „Arbeitsdienstpflicht“ getarnt werden soll. Die unvorsichtige Offenherzigkeit der „Deutschen Zeitung“ läßt daran keinen Zweifel!

Die Öffentlichkeit hat ein Recht, zu erfahren, was diese Kreise zu solchen Hoffnungen und Erwartungen berechtigt!

Diese Veröffentlichung der „Deutschen Zeitung“ ist gefährlich, und die Reichsregierung sollte sich nicht durch sie kompromittieren lassen und sollte ihr entgegenzutreten!

Da die Arbeitsdienstpflicht Zukunftsmusik ist, besteht die Möglichkeit, daß die SA zum freiwilligen Arbeitsdienst ist vorgesehen, daß die Behörden nicht nur für den Unterhalt, sondern auch für die Kleidung der Arbeitsdienstwilligen aufkommen.

Wir stellen also die eindeutige Frage: soll jetzt mit staatlichen Mitteln, die für den freiwilligen Arbeitsdienst aus-

geworfen sind, die Privatarmee des Herrn Hitler besoldet und neu eingekleidet werden?

Dies würde eine Finanzierung der Nationalsozialistischen Partei und ihrer Propaganda durch den Staat bedeuten!

Dreißig Tage nach dem 31. Juli muß der neue Reichstag zusammentreten. Bleiben diese Fragen ungeklärt, so können sie im Reichstag oder in einem Untersuchungsausschuß in vollster Öffentlichkeit behandelt und geklärt werden! Die Frist, die sich das Kabinett der Barone mit der Reichstagsauflösung verschafft hat, ist nicht lang!

Notverordnung unterschlagen!

Die „Angriff“-Leser dürfen sie nicht erfahren.

Der „Angriff“, das Berliner Organ der Nationalsozialisten, hat gegenüber den Notverordnungen der Regierung Brüning die fettesten Schlagzeilen gebraucht. „Brünings Sozialraub“ — so hieß es damals! Als vor einigen Tagen die Pläne der Sozialreaktion durchzuführen begannen, hieß es im „Angriff“ in fetter Balkenüberschrift: „Sanierung der Sozialversicherung“. Und wie heißt es heute über die Notverordnungen des Kabinetts der Barone? Da gibt es keine Schlagzeile, nichts von Sozialraub, nichts von Profiteuren; denn das Berliner Organ der Nationalsozialisten vom 15. Juni 1932 hat den Inhalt der Notverordnung des Kabinetts der Barone seinen Lesern glatt unterschlagen! Nicht ein einziges Wort über den Inhalt dieser Notverordnung! Die SA-Profeten dürfen nicht erfahren, wie ihre Erwerbslosenunterstützung abgebaut wird, die Mittelständler nicht, welche schweren Lasten das Kabinett der Barone mit Unterstützung der Nationalsozialisten ihnen auferlegt!

Versteht auf der zweiten Seite des Blattes ohne sichtbaren Hinweis auf die Notverordnung findet man eine kurze Betrachtung unter der Überschrift: „Was wir dazu sagen.“ Was sie dazu sagen ist, daß sie nach wie vor eine abwartende Haltung gegenüber dem Kabinett der Barone einnehmen, und daß sie keinen Anlaß sehen, diese Haltung zu ändern. Das ist das Geständnis der Tolerierung dieser Hungerverordnung, wenn sie sich auch den Anschein geben, als ob sie der Form nach ein Nein dazu sagen wollten. Darüber hinaus wird in Aussicht gestellt, daß das Verhältnis der Nationalsozialisten zum Kabinett der Barone noch intimer werden könne, wenn das Kabinett den Wünschen der Nationalsozialisten willfährig sei!

Das Berliner Organ der Nationalsozialisten hat damit auf das deutlichste den ungeheuren Volksbetrug der Nationalsozialisten entlarvt. Sie tragen die Verantwortung für diese Hungerverordnung, und sie werden dafür zur Rechenschaft gezogen werden!

Auftakt in Lausanne.

Die Prozedur vereinbart. — Macdonald wird Konferenzpräsident.

Lausanne, 15. Juni. (Eigenbericht.)

Den Auftakt zur Lausanner Reparations-Konferenz bildete eine Besprechung der Vertreter der sechs einladenden Mächte Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan über die Prozedur der feierlichen Eröffnungssitzung am Donnerstag vormittag. Das lakonische Kommuniqué, das unmittelbar danach der Presse vorlesen wurde, teilt nur mit, daß Motta (Schweiz) die Begrüßungsrede und der Präsident der Konferenz eine Einleitungsrede halten werden. Wie man darüber hinaus erfährt, hat Macdonald auf Vorschlag Herriots angenommen, sich am Donnerstag zum Präsidenten der Konferenz wählen zu lassen. Er wird in seiner Ansprache die Probleme umreißen, die endgültig das Programm der Beratungen bilden werden.

Neben den sechs einladenden Mächten sind auf der Konferenz noch zwölf Länder vertreten: Polen, Portugal, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Australien, Kanada, Bulgarien, Tschechoslowakei, Griechenland, Südafrika und Neuseeland. Daß Oesterreich nicht eingeladen ist, wird dahin gedeutet, daß die Donaufrage nicht zum Beratungstoff gehören werde. Tatsächlich zeigt die vorliegende Liste auch nur Staaten, die noch mit der eigentlichen Reparationsfrage allein zu tun haben.

Deutschlands Delegierte nicht optimistisch.

Lausanne, 15. Juni. (Eigenbericht.)

Der Reichszkanzler, Außenminister von Neurath und Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk legten kurz nach Abschluß der ersten Besprechung zwischen den einladenden Mächten der deutschen Presse die Richtlinien der deutschen Haltung in Lausanne dar. Sie kamen alle drei nicht über ganz allgemeine Sätze hinaus, wobei am interessantesten die Bemerkung des Reichszkanzlers war, die jetzige Regierung werde die nationalen Notwendigkeiten mit der gleichen Festigkeit vertreten wie ihre Vorgänger. Demnach scheint von der stärkeren nationalen Haltung der jetzigen Regierung gegenüber dem Kabinett Brüning nach außen hin schon keine Rede mehr zu sein.

Reichszkanzler von Papen führte sich ein zwar als Kenner auf internationalen Konferenzen, er finde hier aber eine Reihe guter Bekannter aus dem Ausland, die ihm die Verhandlungen sehr erleichtern. Sein Kabinett werde die nationalen Notwendigkeiten mit der gleichen Festigkeit vertreten wie seine Vorgänger. Es müsse nicht nur ein

Stich unter die Reparationen gezogen

werden, sondern man müsse auch verständnisvoll die allgemeine Lage mit den anderen Staatsmännern besprechen. Es handele sich dabei um eine Lage, die psychologisch keine Vertagungen mehr ermögliche, und Deutschland werde darauf dringen, eine umfassende Lösung für die Probleme der Reparationen und der Wirtschaft zu finden. Man müsse einen Auftrieb schaffen, dafür seien alle Staatsmänner hier, nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und die ganze Welt. Am Freitag werde die erste Arbeitssitzung der Konferenz sein, in der gleich der Reichszkanzler den deutschen Standpunkt darlegen werde. Ueber viele Probleme gäbe es in Deutschland Meinungsverschiedenheiten, aber wenn auch die Deutschen durch innerpolitische Dinge und Rivalenzen sich unterschieden, über die Fragen, die in Lausanne zur Debatte ständen, gäbe es keine Meinungsverschiedenheiten.

Reichsaußenminister von Neurath versicherte, daß das Kabinett den nationalen Interessen gerecht werde mit seiner Haltung in Lausanne. Von Paris her sei in den letzten Tagen eine optimistische Auffassung geäußert worden, als wäre es leicht, hier in Lausanne Entscheidungen zu treffen.

Er teile diesen Optimismus nicht.

und es sei ein großer Fehler, wenn man erwarte, daß schon in einigen Tagen hier ein greifbares Ergebnis erzielt werden könne. Von der Erkenntnis, daß die Reparationen nicht mehr gezahlt werden könnten, bis zur offiziellen Feststellung dieser Erkenntnis sei eben ein harter Weg.

Finanzminister von Krosigk knüpfte an seine gestern in Berlin der deutschen Presse gegebene Darstellung der finanziellen

Sage an. Die Rotverordnung solle nicht etwa Eindruck hier in Lausanne auf die fremden Staatsmänner machen, aber sie gebe die beste Illustration zu der Notwendigkeit, daß für Deutschland etwas getan werden müsse. Es seien hier doch zwei große Probleme, das der Reparationen und das der Wirtschaft, untrennbar miteinander verbunden. Alle Konferenzen seien seither zu spät gekommen, um eine wirksame Erleichterung bringen zu können. Ob jetzt noch allein eine Regelung der Reparationsfrage genügen werde, sei sehr zweifelhaft. Deshalb müsse Deutschland bei den Wirtschaftsfragen sämtliche brennenden Probleme aufwerfen und zu einer Lösung drängen. Ohne endgültige Regelung der Reparationen sei an eine Befriedung der Wirtschaft nicht zu denken! Aber ohne Lösung der Wirtschaftsfrage sei gar keine allgemeine Erholung der Welt möglich. Er teile die Beforgnis des deutschen Außenministers und habe keine optimistischen Erwartungen.

Zwischenfall in Danzig.

Um den unangemeldeten Besuch eines polnischen Torpedobootzerstörers.

In Danzig hat sich gestern ein Zwischenfall ereignet, der scheinbar belanglos ist, jedoch ernste diplomatische Folgen nach sich ziehen könnte. Eine britische Flottille weilt dort gegenwärtig zu Besuch. Ein polnischer Torpedobootzerstörer ist nun in Danzig eingelaufen, ohne sich bei den Danziger Hafenbehörden vorher anzumelden. Die Danziger Regierung hat dagegen Protest erhoben und das polnische Kriegsschiff aufgefordert, den Hafen bis 2 Uhr mittags zu verlassen.

Der polnische Kommissar für Danzig, Papce, dem diese Beschwerde durch den Völkerbundskommissar überreicht wurde, hat darauf geantwortet, daß das polnische Kriegsschiff lediglich erschienen wäre, um die englischen Schiffe zu begrüßen und daß Polen im übrigen die Bestimmungen des Danziger Senats über das Anlaufen des Hafens durch polnische Kriegsschiffe als einseitig und daher als für Polen nicht bindend betrachte.

Er lehnte es ab, die Forderung, daß das polnische Schiff Danzig bis um 2 Uhr verlassen müsse, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Die Frage des Anlaufens des Danziger Hafens durch polnische Kriegsschiffe hat den Völkerbundsrat wiederholt beschäftigt. Für Polen scheint es eine machtpolitische Frage geworden zu sein, sich ein freies Anlaufrecht zu sichern. Inwieweit die bisherige vorläufige Regelung vom Völkerbundsrat als bindend betrachtet wird, ist nicht recht klar. Polens Haltung zeigt jedenfalls, daß man in Warschau das Bestehen einer solchen Regelung verneint. Die polnischen Marinebehörden scheinen den englischen Flottenbesuch zum Anlaß genommen zu haben, ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber der bisherigen Regelung zu demonstrieren.

Schamlose Nazilüge.

Sie suchen ein Alibi / Dumme Erfindungen über Otto Wels.

Der Berliner nationalsozialistische „Angriff“ verbreitet in seiner Nummer 124 vom 15. Juni 1932 eine schamlose Lüge gegen den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, den Genossen Otto Wels. Der „Angriff“ schreibt:

„Es liegt uns in diesem Zusammenhang ferner beifolgende eine Äußerung des Vorsitzenden der SPD, Genossen Wels vor, die dieser am vergangenen Sonnabend in vertrautem Kreise machte. Hierbei rühmte sich Wels einem Professor F. und einem Direktor R. gegenüber ganz unmissverständlich, daß die SPD die Absicht habe, nach Aufhebung des SA-Verbotesschwere Schlägereien und Uebertätigkeiten zu provozieren. In deren Verlauf werde die preussische Polizei eine Reihe nationalsozialistischer Führer festsetzen und mit der polizeilichen Unterstützung des süddeutschen Zentrums den Versuch machen, daß fürs erste die Reichstagswahl verhindert bzw. hinausgeschoben würde.“

Wir sind ermächtigt, auf das kategorische zu erklären, daß diese Mitteilung des „Angriff“ von A bis Z aus den Fingern gezogen ist. Sie ist nicht nur falsch, sondern auch dumme. Die Sozialdemokratische Partei hat nicht den mindesten Anlaß, die Gelegenheit zur Abrechnung mit dem Kabinett der Barone und den hinter ihnen stehenden Nationalsozialisten in der Reichstagswahl zu scheuen. Die Sozialdemokratische Partei hat nicht das mindeste Interesse daran, durch eine Hinausschiebung der Reichstagswahlen diesem stöckreaktionären Kabinett von Hitlers Gnaden die Möglichkeit zu längerem Leben und zu diktatorischer Macht ausübung zu verschaffen. Vor allem aber: die Sozialdemokratische Partei denkt nicht daran, die Gelegenheit zur Abrechnung mit den Nationalsozialisten in der Reichstagswahl sich einigehen zu lassen, nachdem die Hungernotverordnung dem Volke gezeigt hat, in welches Elend es mit Hilfe der Nationalsozialisten geführt werden soll. Den nationalsozialistischen Heuchlern und Volksbeutragern wird die Maske vom Gesicht gerissen werden!

Die dritte Lüge des „Angriff“ erweckt eher den Verdacht, daß die Nationalsozialisten angesichts des katastrophalen Eindruckes der von ihnen zu verantwortenden Rotverordnung dasselbe planen, was sie der Sozialdemokratie unterstellen und daß sie sich dafür durch Lügen ein Alibi zu verschaffen suchen.

Funkdebüt der Papen-Regierung.

Schwache Verteidigungsversuche

Um die stürmische Protestbewegung gegen den Unterstufungsraub möglichst abzulegen, hat die Regierung der Barone sich eine tägliche Propagandastunde im Rundfunk eingerichtet. Der gestrige Mittwochabend brachte die erste derartige Darbietung. Reichsinnenminister und stellvertretender Reichskanzler Freiherr von Gayl sprach einleitende Worte, in denen er betonte, daß diese Regierung nicht im Namen einer Partei oder einer parlamentarischen Mehrheit spreche, sondern einzig und allein auf dem Vertrauen des Reichspräsidenten beruhe. Dann kündigte er an, daß er am Freitagabend wieder sprechen werde u. a. über die Milderung der Rotverordnung gegen politische Ausschreitungen.

Es folgte ein längerer Rechtfertigungsversuch der antisozialen Rotverordnung durch den Reichsarbeitsminister Schäffer. Es war eine trocken-bürokratische Vorlesung.

Hitler will nicht zahlen. Der geschäftige Rechtsanwalt Hitlers Frank II hat gegen die im Uebelprozess über Hitler wegen seiner Zeugnisverweigerung und seines ungebührlichen Benehmens verhängte Ordnungstrafe von 1000 M. Beschwärde eingelegt.

Unsere Antwort auf das Hungerdiktat.

Glänzende Kampfundgebungen der Berliner sozialdemokratischen Arbeiterschaft

Die Berliner sozialdemokratische Arbeiterschaft hat gestern in vier glänzenden Kundgebungen ihre erste Antwort auf das Hungerdiktat der Regierung der Barone erteilt:

Neue Welt: beide Säle überfüllt.

Friedrichshain: wegen Ueberfüllung abgesperrt, Tausende auf der Straße!

Pharusäle: großer und kleiner Saal überfüllt.

Spichernsäle: wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt, Hunderte fanden keinen Einlaß mehr!

Begeisterte, kampfesfrohe Stimmung in allen Versammlungen! Die Berliner sozialdemokratischen Arbeiter nehmen den Kampf gegen die Regierung von Hitlers Gnaden auf. Abrechnung mit der sozialen Reaktion, Abrechnung mit dem Volksbetrug der Nationalsozialisten heißt unsere Kampfsparole!

Vortwärts zum Angriff auf die Reaktion!

Neufölln in Front.

Der große Saal der Neuen Welt in der Hafenside war schon lange vor 20 Uhr überfüllt. Ein zweiter Saal mußte freigegeben werden, um die Anstömenden zu fassen. Von der Bühne mahnten auf rotem Tuche die drei Belfer der Eisernen Front.

Bergschlud wird trotz Gaukelei und Volksbetrug der verbrecherischen Anschlag der Reaktion sein. Das bewies der stürmische Beifall, den die Ausführungen Toni Senders fanden, als sie die von Hitler unterstützte Regierung der Gespenster aus der Rumpfkammer geloste und betonte, daß wir Sozialdemokraten nicht müde werden, dem Volke die Wahrheit über diese antisoziale Regierung zu sagen. Als dann Rüstler die Person Hitlers charakterisierte und betonte, daß seine Tatkraft der Arbeit des kleinsten sozialdemokratischen Funktionärs in den Betrieben nicht das Wasser reichen könnte, da durchbrauste ein Beifallssturm den Riesensaal.

Der Wedding marschiert.

Das alte Versammlungstokal der Arbeiterschaft Wedding erlebte gestern eine seiner mächtigsten Kundgebungen. Nicht nur, daß beide Pharusäle schon vor Beginn der Versammlung polizeilich abgesperrt werden mußten, horrten noch zahlreiche Besucher im Garten bis zum Schluß aus, um sich von den Glücklichen, die den beiden Rednern, Friedrich Stampfer und Mathilde Wurm, zugehört hatten, berichten zu lassen. Während im Freien erregte Diskussionen über die neue Rotverordnung und ihre Auswirkungen geführt wurden, standen in den Sälen Mann an Mann, um den Darlegungen der Referenten zu lauschen.

Die Erschütterung des Rechtsstaats

Straffreiheit für politischen Terror. — Landtagsdebatte um Amnestie.

Zur Mittwochsitzung des Preussischen Landtags, die Präsident Kerrl um 13¼ Uhr eröffnet, sind die Tribünen wiederum stark besetzt.

Venor das Haus in die Erledigung der Tagesordnung eintritt, bringt Abg. Kasper (Komm.) einen Antrag seiner Fraktion ein, der die Staatsregierung auffordert, die Steuern der neuen Reichsnotverordnung und die Kürzung der Beamtengehälter in Preußen nicht durchzuführen. Weiter fordert der Antrag Wegsteuerung aller Einkommen über 12 000 M. und Verwendung der dadurch freiwerdenden Mittel für die Erwerbslosenunterstützung. — Die sofortige Behandlung des Antrages scheitert am Widerspruch der Deutschnationalen.

Leere Mitationsanträge.

Die Beratungen werden zwecks Bornahme von Abstimmungen unterbrochen. Zunächst wird die momentliche Abstimmung über den Antrag der Kommunisten wiederholt, die in der letzten Sitzung des Landtages zur Beschlussfähigkeit des Hauses geführt hatte. In dem Antrag wird die Staatsregierung ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, die Zahlungen aus dem Young-Plan und die Zins- und Tilgungszahlungen aus der Dawes-Anleihe einzustellen, die Reichsnotverordnungen aufzuheben und alle Zölle zu beseitigen.

Es werden nur 205 Karten abgegeben. Das Haus ist also wiederum beschlussunfähig. Die Kommunisten stimmen mit Ja, die Nationalsozialisten geben Enthaltungskarten ab, alle übrigen Fraktionen stimmen nicht mit.

Präsident Kerrl beräumt auf sofort eine neue Sitzung mit dem Rest der Tagesordnung an.

In dieser neuen Sitzung werden die Abstimmungen fortgesetzt. Die kommunistischen Anträge auf Aufhebung des Versammlungs- und Demonstrationsverbots in Essen sowie auf Aufhebung des Verbots der Ruten Jungfront und des Antifaschistenbundes werden abgelehnt.

Es folgt dann die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Annullierung der Abfindungsverträge mit den Fürstlichhauern, insbesondere den Hohenzollern und Landesverweisung des ehemaligen Kronprinzen und des Prinzen August Wilhelm von Preußen. Für die Ueberweisung des Antrages an den Hauptausschuß stimmen nur Sozialdemokraten und Zentrum. Bei der Abstimmung über den Antrag selbst stimmten nur die Kommunisten für den Antrag.

Der kommunistische Antrag über ein Verbot des Einlegens der Polizei bei Streiks wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten sowie einiger Sozialdemokraten angenommen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten wird ein kommunistischer Antrag abgelehnt, die deutsche Abordnung auf der Genfer Abrüstungskonferenz anzumelden, den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetdelegation zuzustimmen Dagegen findet

mit den Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten der kommunistische Antrag Annahme, die Reichsregierung zu ersuchen, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu vollziehen.

und das preussische Staatsministerium aufzufordern, sofort alle Versammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel wieder zuzulassen.

Einheitsfront Nazi — Rozi.

In der auf sofort anberaumten neuen Sitzung wird mit 241 Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten gegen 182 Stimmen der nationalsozialistische Antrag angenommen, anlässlich der Vorgänge beim Aufrug der Stagerat-Wache

Es waren die Proleten des Nordens, die hier versammelt waren. Und Tausende waren wieder gegangen, weil sie keinen Platz mehr gefunden hatten. Die Kampfbegeisterung gegen die bestehende Regierung und ihren nationalsozialistischen Anhang schwoll an, als Genosse Stampfer die erbitterte Opposition der Sozialdemokratie gegen den Raub aller Arbeiterrechte ansagte. Ein Sturm der Entrüstung legte durch den Saal, als der Referent mitteilte, daß im Landtag die kommunistisch-nationalsozialistische Einheitsfront die Entlassung des Volkseisenbahnpräsidenten Erzelsinski mit einer Mehrheit beschließen habe. Genossin Wurm schilderte unter allgemeiner Empörung die sozialen Drosselungsmaßnahmen, die sich besonders für die Frauen katastrophal auswirken müssen.

Kampfbegeisterung im Friedrichshain.

Der riesige Versammlungssaal des Saalbau Friedrichshain war bereits lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Unaufhörlich strömten neue Massen hinzu, so daß der Saal 18 Uhr polizeilich geschlossen werden mußte. Kurz nach 8 Uhr erfolgte unter den Klängen des sozialistischen Kampfliedes: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ der Einmarsch der Banner der Partei und der leuchtend roten Fahnen der Jugend. Hinter dem rot umhangenen Rednerpult grüßte die Inskript: „Eiserne Front“.

Als erster Redner sprach, von jubelndem Beifall begrüßt, Genosse Karl Lütke. Mit beißendem Spott rechnete Lütke mit den sozialreaktionären Maßnahmen der Regierung der „Papenbarone“ ab. Großes Gelächter ertönte, als er die Rolle der KPD in Preußen so charakterisierte, daß sie heute von der Opposition zur Tolerierung gekommen sei. Mann sprach die Genossin Bohm-Schuch begeisternd und anfeuernd Worte besonders zu den Frauen und zur Jugend.

Abgehaltene Kommunisten.

Die Spichernsäle waren so überfüllt, daß das Lokal polizeilich geschlossen werden mußte. Die Referenten Dr. Hamburger und Paula Kurgah nagelten die Tatsache fest, daß die Baronsregierung in allen Bevölkerungskreisen auf schärfsten Widerstand gestoßen ist, nur bei den Nazis nicht.

Zu einem Zwischenfall kam es, als anwesende Kommunisten Zwischenrufe machten, wer denn die neue Regierung berufen habe. Schlagfertig entgegnete ihnen der Referent unter dem Beifall der Versammlung: „Ohne Kommunisten kein Hindenburg 1925, ohne Kommunisten auch nicht das Ueberhandnehmen der faschistischen Gefahr.“

In scharfer Anklage reihen die Redner der Baronsregierung die Maske vom Gesicht. Die erste Lebensäußerung der Herren um von Scheicher sei die letzte Rotverordnung und diese ist eine einzige Kampfanlage an das wertstätige Volk. Aber Ende Juni sind Reichstagswahlen . . . !

den Berliner Polizeipräsidenten Erzelsinski sofort zu entlassen.

den Polizeikommandeur Helmannaßberg vor ein Disziplinargericht zu stellen sowie die schuldigen Offiziere ihres Dienstes zu entheben. Vorher war durch eine Mehrheit aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Zentrum die Bestimmung des Antrages, daß auch die schuldigen Mannschaften ihres Dienstes enthaben werden sollten, gestrichen worden.

Ueber den nationalsozialistischen Antrag

auf Erhebung der Anklage gegen die preussischen Staatsminister, die der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei angehören,

vor dem Deutschen Staatsgerichtshof wird ebenfalls namentlich abgestimmt für die Annahme des Antrages ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Abgegeben werden aber 399 gültige Stimmen, davon 195 für und 204 gegen den Antrag. Die Kommunisten stimmen dagegen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Die Amnestiedebatte.

Es folgt die zweite Beratung des vom Rechtsausschuß beschlossenen Amnestiegesetzeswurms, der im wesentlichen auf einen nationalsozialistischen Antrag zurückgeht. Hierauf nimmt

Justizminister Dr. Schmidt

das Wort. In erster Linie muß ich, so führt der Minister aus, eindringlich warnen vor einer allzu weitgehenden Ausdehnung der Amnestie. Die bisherigen Amnestiegesetze des Reichs und Preußens haben bis auf einen besonders gelagerten Fall im Reichstag davon abgesehen, Straffreiheit für die schwersten Verbrechen, wie schwere Körperverletzung, schwere Fälle von Raub und Verbrechen gegen das Leben zu gewähren. Es handelt sich dabei zumeist um Straftaten, die im Streit der Parteien von Volksgenossen gegeneinander begangen wurden, und die die Öffentlichkeit auf das ernsteste beunruhigten und immer wieder zu einem dringenden Appell an Polizei und Justiz führten, mit aller Schärfe gegen diese Gewaltakte einzuschreiten.

Derartige Straftaten seien für eine Amnestie nicht geeignet. Wenn im laufenden Jahre kein mindestens 40 schwere Verurteilungen dieser Art zur Kenntnis des Justizministeriums gelangt.

Angesichts solcher Zahlen müßte der ernste Zweifel erlaubt sein, ob ausreichende Gründe dafür beständen, mit dem bisherigen Grundsatz zu brechen, die schwersten Straftaten, besonders die Tötungsdelikte, aus Amnestiegesetzen herauszunehmen. Die Amnestierung so schwerer Straftaten kann nicht geeignet sein, der Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung sowie des Ansehens des Staates zu dienen. Ich kann die ernste Sorge nicht unterdrücken, daß

die Amnestierung der Tötungsdelikte Hemmungen ausschalten muß.

die in einer Zeit, in der die Religion zur Wahrung des Lebens des politischen Gegners zuwimmelt, unentbehrlich sind und geradezu einen Anreiz für die Begehung weiterer gleichartiger Straftaten bilden kann. Ingesamt würden unter das Amnestiegesetz in seiner gegenwärtigen Form annähernd 39 000 Personen fallen. Unter diesen Verurteilten oder Beschuldigten befinden sich, was ich besonders hervorheben will,

525 Personen, die wegen Mordes oder Totschlag verurteilt sind oder verfolgt werden (sehhaftes hört, hört! im Zentrum und bei den Soz.), ferner 79 Personen, die wegen schwerer Körperverletzung, und 15 Personen, die wegen schweren Raubes sich strafbar gemacht haben. Rechnet man diese Zahlen auf, so ergibt

Nach, daß 619 Personen, denen besonders schwere Verbrechen zur Last gelegt sind, und bei denen, soweit sie rechtskräftig verurteilt sind, die erkannten Strafen nach den mit zugegangenen Meldungen zum Teil mehrere Jahre Gefängnis oder Zuchthaus von zwei bis zwölf Jahren betragen, unter den Straferlass fallend würden. Der Minister bittet um Annahme des Zentrums-Antrages, der vorstehend wenigstens die Verbrechen gegen das Leben und die schweren Körperverletzungen nicht zu amnestieren.

Ob das Gesetz zustandekommt, wann es in Kraft tritt, lasse sich heute noch nicht absehen. Wenn der Landtag es in dritter Lesung beschliesse, dürfe das Staatsministerium es noch nicht gleich verkünden. Dann müsse erst der Staatsrat gehört werden, der das Recht des Einspruchs habe. Erst wenn der Staatsrat von diesem Recht keinen Gebrauch mache, sei der Entwurf Gesetz. Zwischen der Schlussabstimmung im Landtag und dem endgültigen Inkrafttreten lägen hiernach zwei bis drei Wochen für diesen ganzen Zeitraum möge über der Entwurf in der jetzigen Fassung Straffreiheit gewährt für alle Straftaten aus politischen Beweggründen, sogar für Verbrechen gegen das Leben. Danach würde also ein Zeitraum geschaffen.

in dem aus politischen Beweggründen Verbrechen gegen das Leben begangen werden könnten, ohne daß der Täter eine Bestrafung zu befürchten hätte,

und er wolle nur darauf hinweisen, daß diese Zeit zusammenfalle mit der Vorbereitung der Reichstagswahl, also einer Zeit höchster politischer Erregung. Der Minister bittet daher, die Praxis aller bisherigen Amnestiegesetze zu beachten und einen Stichtag, z. B. den Tag der Schlussabstimmung im Landtag, einzusetzen.

Besonders verfassungsrechtliche Bedenken äußert der Minister dann gegen den im Ausschuss neu eingefügten § 6a, wonach ein sogenannter Amnestieauschuss vom Landtag eingesetzt werden soll zur Nachprüfung der gerichtlichen Entscheidungen.

Dieser Ausschuss solle also eine den ordentlichen Gerichten übergeordnete Instanz darstellen und die Entscheidungen der ordentlichen Gerichte nachprüfen und abändern dürfen.

Mit den verfassungsrechtlichen Vorschriften, die auch Ausnahme-gerichte für unsittlich erklären, sei die Einsetzung eines Landtags-ausschusses der erwähnten Art unvereinbar.

Der Minister weist darauf hin, daß auch die Bestimmung verfassungsrechtlich nicht haltbar sei, die das Staatsministerium verpflichten wolle, dem Ersuchen des Ausschusses stattzugeben. Nach Artikel 54 der preussischen Verfassung habe vielmehr das Staatsministerium nach eigenem pflichtmäßigem Ermessen und mit eigener Verantwortlichkeit, die ihm auch der Landtag nicht abnehmen könne, über die Gewährung von Gnadenurteilen zu entscheiden. Er empfehle daher, diesen Paragraphen ganz zu streichen, evtl. aber jedenfalls ihn im wesentlichen so zu gestalten, wie dies in dem preussischen Gesetz vom 26. Juli 1922 über die Gewährung von Straffreiheit geschehen sei. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Muhs (Nso.) erklärt: Die Bedenken des Justizministers gegen die Amnestie sind nicht stichhaltig. Die Staatsautorität kann nicht durch eine Amnestie gefährdet werden, sondern einzig und allein durch die Mängel der Autoritätspersonen. (Sehr richtig! bei Nso.) Die Rechtsicherheit ist nach unserer Ansicht heute schon ziemlich restlos beseitigt, und es besteht überhaupt nicht mehr die Möglichkeit, nach dieser Richtung hin durch eine Amnestie noch etwas zu gefährden. Auch die Behauptung, daß die Amnestie den Terror fördern werde, ist nicht stichhaltig. Im Gegenteil ist das Vorhandensein von Terror lediglich ein Ausfluß der Schwäche der Staatsgewalt.

Die Behauptung des Justizministers, daß der beantragte Amnestieauschuss der rechtlichen Grundlage entbehre, ist lediglich eine juristische Spitzfindigkeit, um eine Hinausschiebung des Amnestiegesetzes zu erwirken. Wir sind nicht gewillt, durch derartige juristische Spitzfindigkeiten unsere SA-Leute und Parteigenossen länger im Gefängnis jähzornig zu lassen. Wir haben deshalb einen Abänderungsantrag eingebracht, um diesen Einwendungen aus dem Wege zu gehen und eine Beschleunigung des Amnestiegesetzes herbeizuführen.

Darauf nimmt das Wort

Abg. Ruffner (Soj.)

der sich dagegen wendet, daß man über ernsthafte rechtliche Bedenken mit der Bemerkung hinweggehen wolle, auf solche Spitzfindigkeiten lassen wir uns nicht ein.

Der Redner erklärt weiter: Ich bin nicht der Ansicht, daß es sich bei diesem Gesetz um eine Rechtsfrage handelt. Tatsächlich liegt hier lediglich ein politischer Zweckmäßigkeitshandel zwischen extremen Parteien vor, die die gegenwärtige Konjunkturen, daß sie gemeinschaftlich die Republik haben, ausnützen wollen (Unruhe bei den Nso.), um sich gegenseitig für begangene Straftaten Straffreiheit zu verschaffen. (Anhaltende Unruhe und Zwischenrufe bei den Nso.) Im Ausschuss haben die Nationalsozialisten kein schriftliches Wort der Begründung für das Amnestiegesetz gefunden. Hier im Plenum haben wir von Dr. Muhs gehört, das Amnestiegesetz sei diktiert von einer höheren Gerechtigkeit. (Sehr richtig! bei den Nso.)

Vor vierzehn Tagen haben wir an dieser Stelle eine ganz andere Behauptung über den Begriff der höheren Gerechtigkeit erlebt. (Unruhe bei den Nso.)

Vor vierzehn Tagen, am 3. Juni, hat nämlich Herr Dr. Freister in einer Polemik gegen das Zentrum gesagt: „Ist das Christentum, daß man jahrelang organisiertes Verbrechen ungestraft davonkommen läßt? Nein!“ Freister habe auch gesagt, daß das Verbrechen in einem Volk nicht überhandnehmen dürfe. Was ist denn nun eigentlich bei Ihnen höhere Gerechtigkeit? Es scheint sich auch hier zu zeigen, daß Sie (zu den Nso.)

eine höhere Gerechtigkeit mit doppeltem Boden

haben. (Lärm bei den Nso.) In Ihrer (zu den Nso.) Presse verlangen Sie drakonische Maßnahmen dann, wenn politische Verbrechen gegen Ihre Leute begangen werden. So haben Sie jetzt wieder im „Angebot“ geschrieben, das deutsche Volk würde es nicht verzeihen, wenn ein Verbrecher wie der kommunistische Redakteur Wollenberg freigelassen würde. Das deutsche Volk kann das nicht verzeihen, aber Sie (zu den Nso.) wollen ihn durch das Amnestiegesetz freilassen. (Stürmische minutenlang dauernde Värmisungen bei den Nso.) — Es gelingt dem Vizepräsidenten Wittmack kaum, dem Redner die Fortsetzung seiner Ausführungen zu ernstlich zu unterbrechen. (Lärm bei den Nso.) In Wirklichkeit, so fährt der Redner fort, wollten die Nationalsozialisten nur ihre Verbrechen eingestehen wissen. Die Kommunisten wägen nur so, als ob die 4000 vom Minister genannten politischen Verurteilten lediglich oder überwiegend Kommunisten seien. In der Tat trifft dies aber nicht zu.

Vielmehr sollten jetzt viele Nationalsozialisten mit befreit werden, die teilweise bis zu zwölf Jahren Zuchthaus erhalten haben.

(Lärm bei den Nso.) In Ihrem sogenannten Rechtsstaat! Wir glauben, daß kein Ordnungszustand es ungestraft dulden darf, daß Mord, Raub, Schändung von Gotteshäusern und Friedhöfen begangen werden. (Sehr wahr! bei den Nso.) Wir geben den Kommunisten zu, daß in manchen Fällen politische Verbrechen auf der rechten zu milde geahndet wurden. (Lärm bei den Nso.) Es ist aber unlogisch, deshalb auch noch die Verurteilten befreien zu wollen, die zu Recht im Gefängnis sitzen. (Lärm bei den Nso.) Nieder mit der Klassenjustiz! Dieser Amnestieentwurf verfährt gegen jedes Gerechtigkeitsempfinden. (Lärm bei den Nso.) Und wie: (Lärm bei den Nso.) Es ist kein Rechtsbegriff, wenn man, wie im vorliegenden Entwurf, eine formale Beleidigung und die Tötung eines Menschen auf die gleiche Stufe stellt. (Anhaltende Unruhe bei den

Alle Kameraden.



Nazilügner in der Zange.

Namen, die die NSDAP. bestreitet, in amtlichen Listen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag den folgenden Antrag eingebracht:

„Am 26. Mai 1932 veröffentlichte der „Abend“, Spätausgabe des „Vormärts“, unter der Überschrift „Panti Nazi in Preußen“ folgende Namen, die den nationalsozialistischen Kandidatenlisten zu den preussischen Landtagswahlen vom 24. April 1932 entnommen waren: Adamczyk, Adamed, Czarnowski, Czirnoid, Gregorz, Jobji, Kilmsti, Krawiecki, Krzyz, Krzyot, Kullsch, Rogunia, Opalka, Pallinat, Polack, Pottack, Potesta, Quella, Rebihi, Repondet, Robra, Rogansh, Ruffel, Sahki, Slawit, Soita, Sohna, Trzeclak, Wodah, Woorsk.“

Hierzu erläßt die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei folgende Erklärung:

„Es ist un wahr, daß das veröffentlichte Namenverzeichnis der Kandidatenliste der NSDAP. zum Preussischen Landtag entnommen ist.“

Wahr ist, daß die Namen Adamed, Czarnowski, Czirnoid, Gregorz, Jobji, Kilmsti, Krzyz, Krzyot, Kullsch, Rogunia, Opalka, Pallinat, Polack, Pottack, Potesta, Quella, Rebihi, Repondet, Robra, Rogansh, Ruffel, Sahki, Soita, Sohna, Woton in keiner Liste der NSDAP. stehen und Träger dieser Namen von der NSDAP. zum Preussischen Landtag nicht aufgestellt sind.“

Demgegenüber ist festzustellen, daß auf Druck Nr. 1 des Preussischen Landtags Seite 43, in amtlichen Verzeichnissen der Mitglieder des Preussischen Landtags folgende Mitglieder der Fraktion der NSDAP. verzeichnet sind: Adamczyk, Czirnoid, Kullsch, Magunia, Opalka, Pallinat.

Ferner ist aus den veröffentlichten amtlichen Kandidatenlisten zur Preußenwahl zu ersehen, daß von der NSDAP. folgende Kandidaten aufgestellt waren, die, soweit nicht bereits gewählt, bei Fortfall von Vordermännern in den Landtag nachrüden können: Adamed (Wahlkreis 18, 25. Stelle), Czarnowski (Wahlkreis 11, 7. Stelle), Czirnoid (Wahlkreis 6, 2. Stelle), Gregorz (Wahlkreis 9, 16. Stelle), Jobji (Wahlkreis 6, 14. Stelle), Kilmsti (Wahlkreis 20, 10. Stelle), Krzyzot (Wahlkreis 2, 27. Stelle), Kullsch (Wahlkreis 7, 5. Stelle), Magunia (Wahlkreis 1, 2. Stelle), Opalka (Wahlkreis 1, 4. Stelle), Pallinat (Wahlkreis 1, 10. Stelle), Polack (Wahlkreis 5, 17. Stelle), Pottack (Wahlkreis 8, 15. Stelle), Potesta (Wahlkreis 16, 20. Stelle), Quella (Wahlkreis 22, 9. Stelle), Rebihi (Wahlkreis 7, 17. Stelle), Repondet (Wahlkreis 5, 24. Stelle), Robra (Wahlkreis 11, 16. Stelle), Rogansh (Wahlkreis 6, 20. Stelle), Ruffel (Wahlkreis 9, 8. Stelle), Sahki (Wahlkreis 9, 22. Stelle), Soita (Wahlkreis 9, 23. Stelle), Sohna (Wahlkreis 9, 12. Stelle), Wodah (Wahlkreis 8, 11. Stelle).

Die amtlichen Kandidatenlisten sowie das amtliche Mitgliederverzeichnis des Landtags stehen also in untrügendem Widerspruch zu der Erklärung der Reichsleitung der NSDAP., wonach Träger dieser Namen von der NSDAP. niemals als Kandidaten zum Preussischen Landtag aufgestellt worden sind. Wir beantragen deshalb: Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird beauftragt, umgehend festzustellen, auf welche Weise die Träger der vorbezeichneten Namen auf die Kandidatenliste der NSDAP. gelangt sind, insbesondere auch, ob bei der Aufstellung der Kandidatenlisten irgendeine Fälschung oder Verfälschung von Namen stattgefunden hat.“

Nso. — Vizepräsident Wittmack erwidert wiederholt um Ruhe und meint, daß insbesondere der Geschäftsführer der nationalsozialistischen Fraktion, Abg. Hinkler, sich ruhiger verhalten solle. Der sogenannte Amnestieauschuss lege allem die Krone auf. Dieser Ausschuss solle einfach richterliche Urteile ausheben können; das sei auch in Rechtsblättern, wie z. B. der „Kölnischen Zeitung“, scharf gegekelt worden. Der Redner zitiert Ausführungen, die Senatspräsident Baumbach vor vielen Jahren schon gegen die Amnestie gemacht habe. Baumbach habe angeführt, daß diese Amnestie die Richter tief durchdringen müsse von dem Gefühl der Sinnlosigkeit ihres Tuns. Die SPD. wolle aber, daß die Nationalsozialisten die Amnestie nicht machen, damit die amnestierten Taten abnehmen, sondern damit diese Taten zunehmen. (Lärm bei den Nso.) Sie (zu den Nso.) wollen ja Amnestie aus diesem Grunde sogar auf Vorkurs geben.

Wir Sozialdemokraten würden gern die Hand zu einer Amnestie geben, die dem allgemeinen Frieden dient, Ihre (zu den Nso.) Amnestie aber soll nicht dem allgemeinen Frieden dienen, sondern der Legalisierung des Terrors. (Händeklatschen bei den Soj.; — anhaltender Lärm bei den Nso.)

Es gibt für uns keine Rechtfertigung für die Vernichtung des Lebens des anderen. (Anhaltender Lärm bei den Nso.)

Wer jetzt den politischen Mord und Totschlag und die Körperverletzung (traffrei) läßt, der nimmt die moralische Verantwortung für alle Opfer auf sich, die noch fallen werden. (Starker Beifall bei den Soj., Lachen und Zurufe bei den Nso.)

Wenn in den nächsten Wochen abermals Duhende von deutschen Mitbürgern ermordet auf den Straßen liegen, dann kann niemand, der diese Amnestie beschloßen hat, beiseite treten und sagen: Ich bin unschuldig an diesem Blut!

Wir Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß weit wichtiger eine Amnestie für diejenigen Personen wäre, die sonst unbescholten und anständig aus wirtschaftlicher Not straffällig geworden sind. Diese Menschen haben mehr Anspruch auf unser Mitleid als ein gewisses politisches Schlägertum, das sich auf den Straßen dreht.

Wenn ich Herrn Muhs richtig verstanden habe, so hat er jetzt plötzlich von dieser Stelle aus für eine Notamnestie plädiert.

Ich muß feststellen, daß im Rechtsausschuß die Nationalsozialisten in beiden Lesungen gegen unseren sozialdemokratischen Antrag gestimmt haben, der die Notstelle begünstigt mül. (Stürmisches Hört! Hört! links.)

Herr Muhs hat jetzt einen Antrag verlesen, den die Nationalsozialisten einbringen wollen. Als ich diesen Antrag hörte, habe ich

mich gefragt, ob die Herren denn auch schon den Diebstahl geistigen Eigentums in die Amnestie einbeziehen wollen. (Große Heiterkeit.) Denn der von Herrn Muhs verlesene nationalsozialistische Antrag war Wort für Wort unser sozialdemokratischer Antrag. (Stürmische Heiterkeit und Unruhe.)

Es ist allerdings verständlich, warum die Nationalsozialisten auf eine Notamnestie keinen besonderen Wert mehr legen. Die Not der Bevölkerung war für sie ein gutes Agitationsmaterial — bis vorgestern!

Seidem aber die von den Nationalsozialisten tolerierte Regierung von Papen (Stürmische Zurufe bei den Nso.) die Notverordnung erlassen hat, seitdem hat die Not der Bevölkerung aufgehört, ein Agitationsmittel für sie zu sein. (Stürmischer Beifall bei den Soj., anhaltende Zurufe bei den Nso.) — Zurufe bei den Soj.: Herr Präsident, hören Sie das nicht?)

Kuttner fortfahrend: Meine Herren Fraktionskollegen, ich lehne es ab, mich unter den Schutz des jetzt amtierenden Präsidenten zu stellen. (Bravo!) Unsere Stellung zum Gesetz ist folgende: Wenn wir auch das Gesetz aus den erklärten Gründen ablehnen, so werden wir doch die Anträge annehmen, die etwaige Verbesserungen des Gesetzes bedeuten. Wir sind allerdings der Ansicht, daß die vorliegenden Anträge, selbst wenn sie restlos angenommen werden sollten, auch nicht ausreichen würden, um dem Gesetz seinen ruhezweckenden Charakter zu nehmen. Dieses Gesetz sollte nämlich nicht „Gesetz zur Gewährung von Straffreiheit“ heißen, sondern „Schutzgesetz für den politischen Terror“. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Soj., anhaltende Unruhe rechts.)

Ganz gleich, wie dieses Gesetz ausfällt — ein Schutzgesetz für den politischen Terror lehnen wir ab, ein Schutzgesetz, zu dem das Verhalten der Nationalsozialisten hier die richtige Unterstreichung bildet. Ob dieses Gesetz zum Schutze des politischen Terrors angenommen wird oder nicht — wir Sozialdemokraten und die Eisene Front werden uns nicht dem Terror beugen. Wenn eine Parlamentsmajorität der friedliebenden Bevölkerung den Schutz gegen Terror nimmt, dann ist diese Bevölkerung berechtigt und verpflichtet, sich selbst zu schützen. In diesem Sinne werden wir hier handeln. Freiheit! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Soj., andauernde Unruhe und Zurufe bei den Nso.) Die sozialdemokratische Fraktion erhebt sich wie ein Mann und stimmt in den Freiheitseruf ein.)

Die Sitzung wird auf Donnerstag, 11 Uhr, vertagt.

„Meine Tat ist wirklich eine Tat“ Was der Eisenbahnverbrecher Matuska erzählt und phantasiert

Wien, 15. Juni.

Die Vernehmung des Eisenbahnverbrechers Matuska förderte im weiteren Verlauf der Verhandlung interessante Momente zutage, die sich in der Hauptsache auf das Vorleben Matuskas beziehen.

Vors.: „Bekennen Sie sich schuldig?“ Angekl.: „Schuldig und auch nicht schuldig, bitte schön.“ Vors.: „Schuldig im Sinne der Anklage?“ Angekl.: „Ja.“ Matuska läßt nun einen unverständlichen Redeschwall los, aus dem man nur soviel entnehmen kann, daß er die Psychiater gegen seinen eigenen Verteidiger in Schutz nimmt. Man hört die Worte: „Meine Tat ist wirklich eine Tat.“ Dann unterbricht ihn der Vorsitzende: „Wir kommen besser weiter, wenn Sie uns Ihren Lebenslauf schildern.“ Matuska kommt dieser Aufforderung nach. Der Vorsitzende fragt ihn: „Können Sie sich an Ihren Schulkollegen Kij erinnern?“ Matuska schüttelt den Kopf. Vors.: „Er hat sich freiwillig als Zeuge gemeldet und angegeben, Sie hätten ihm gesagt haben, daß Sie sich nichts Schöneres vorstellen könnten, als eine große Explosion in dunkler Nacht.“ Angekl.: „Weiß ich nicht mehr, was ich mit 12 oder 13 Jahren gesagt habe.“

Matuska erzählt.

Matuska erzählt dann, daß er die Lehrerausbildungsanstalt absolviert und dann einen Lehrposten in einer geistlichen Schule bekommen habe. Besonders gern habe er sich als Organisator betätigt. „Ich habe auch das erste Fußballmatch in Gantaver (Matuskas Geburtsort) organisiert“, erklärt er, nicht ohne Stolz. Vors.: „Sie waren auch im Krieg?“ Matuska, sich stolz in die Brust werfend: „Bin ich bei sechs Honved-Regiment gewesen, was gutes ungarisches Regiment ist.“ Vors.: „Sie sollen mit großer Freude in den Krieg gezogen sein?“ Angekl.: „Ja, ich hatte Angst, der Krieg wird in einer Woche zu Ende sein. Dann bleibt für mich nichts übrig und kann ich meinen Kindern nichts vom Krieg erzählen. Mein Großvater hat immer viel vom Krieg erzählt. Habe ich mich darum besonders bewußt.“ Vors.: „Wie haben Sie Ihre beiden Auszeichnungen — das „Signum laudis“ und die silberne Tapferkeitsmedaille — erworben?“ Matuska: „In Serbien, wo ich aufgehalten ganzes serbisches Angriff. Dann ich bin gekommen in Hinterland und war hier Lehrer von 300 Einjährige. Dann bin ich wieder an Front gekommen.“

Das ist Tatsache, es war große Glorie und großer Sieg.“

Matuska gerät in immer größere Erregung und schildert in seinem gebrochenern Deutsch den Ansturm des Feindes: „War schreckliches Trommelfeuer, zwanzig Offiziere in einer halben Stunde tot. Ich haben bekommen Befehl, mit acht Maschinengewehre aufzufahren. Wir lagen auf Erde bis 3 Uhr früh. Dann kommt Feind... (brüllend und händelschreiend) wir schießen, schießen, schießen. Bei unserer Regiment hat geheißt (wieder schreiend) wenn österreichisch-ungarische Armee kommt, dann wird mit Maschinengewehre gepörrt. Am Morgen sind Leichen so hoch vor unsere Stellung gelegen (erhebt den Arm in Manneshöhe). Tote, nichts als Tote. Es war eine halbe Stunde kolossales Gefecht und große Glorie. Aber meine arme arme Schuttkommandant, mein bester Freund, ist gestorben in meinen Armen.“ (Er bricht in tonusförmiges Schluchzen aus.) Vors.: „Sie haben dann Ihre Lehrerstelle aufgeben müssen. Warum?“ Angekl.: „Weil ich keine Sprachen konnte. Ich lerne schon seit 30 Jahren Deutsch und noch immer nicht können.“

Aus dem weiteren Verhör ergibt sich, daß Matuska nach dem Krieg in Gantaver ein Freiwilligen-Bataillon organisiert hatte, bis die Jugoslawen den Ort besetzten. Später verdiente er viel Geld mit Petroleumschleppungen. Aus dem Ertrag kaufte er sich ein Gut. Er besaß dann abwechselnd eintige Häuser in Budapest und kaufte später fünf Häuser in Wien an. „In Budapest ich haben gegründet eine Aktiengesellschaft“, erzählt er. „Dort war ich Direktor, (laut) Direktor, bitte, (schreiend) Erster Direktor!“

Bigotterie und Geschäft.

Matuska schildert dann seine Ueberfiedelung nach Wien und erklärt, daß ihm die Wiener sehr gut gefallen. Allerdings ist er auf sie auch böse, weil sie seiner Meinung nach zu große Atheisten seien. „Diese schöne Stephanskirche ist ganzen Vormittag leer“, erklärt er. „Und andere Kirchen auch leer. Das ist große Sünde. Ich gehen jeden Sonntag in die Kirche. Ich kämpfe gegen Atheismus, ich bin seit meiner Geburt religiös.“

Aus Budapest kam Matuska mit etwa 140 000 Schilling (damals rund 84 000 Mark) nach Wien. Hier kaufte er die Häuser und betrieb nebenbei auch das Zwiebelgeschäft im großen. „Es war größtes Zwiebelgeschäft in Europa“, erzählte er. Mit dem 10. Oktober 1929 begann Matuskas finanzieller Zusammenbruch. Es liefen zuletzt gegen ihn nicht weniger als 200 Prozesse und Pfändungsverfahren. Matuska erzählt dann, es habe ihn immer geschmerzt, daß die Menschen so gottlos seien und er habe beschlossen, gegen die Atheisten zu kämpfen. Als er in Gantaver bei seinem Vater zu Besuch weilte, sei ihm der Geist eines gewissen Bergmann erschienen. Der Geist habe ihm gesagt, daß er einmal sehr berühmt sein werde und daß er gegen die Atheisten kämpfen müsse. Matuska erklärt pathetisch: „In zwanzig Jahren werde ich Minister. Ich weiß, übermorgen bekomme ich eine Strafe, aber dann kommt die Stufe. Ich werde ganz bestimmt Minister.“ Der Angeklagte ergeht sich dann in breiten Schilderungen über den Geist, der ihn ständig begleitet und ihm die Gedanken zu den Attentaten eingegeben habe.

Durch diese Attentate würde die Regierung gezwungen sein, die Eisenbahnen zu elektrifizieren. Dann würden auch die Arbeiter Brot haben und sehen, was er, Matuska, für sie getan habe.

Der Staat müßte dann auch seine Erfindung, einen leuchtenden Semaphor, der automatisch jede Beschädigung der Strecke anzeigt, ankaufen müssen, um künftige Eisenbahnattentate zu verhindern. Er, Matuska, habe auch noch eine Weltkranzation in Bereitschaft gehabt: eine Erfindung, die es ermöglicht hätte, mit einer großen, in der Donau postierten Turbine, alle Eisenbahnen Oesterreichs zu betreiben. Der Angeklagte schildert dann die Vorbereitungen zu dem Anzbacher Attentat. Er kaufte sich in einem Wiener Eisengeschäft einen passenden Schraubenschlüssel und das Rohr, das er später über die Schienen legte. Vor der verhängnisvollen Autofahrt spielte er seelenruhig im Kaffeehaus Schach. Auf die Frage, ob er Menschenleben gefährden wolle, meint Matuska: „Ich wollte, daß der Zug entgleist und die Zeitungen darüber schreiben. Ich bin kein grausamer Mensch. Es lag mir nicht daran, daß Menschen getötet werden.“

Der Geist Leo.

Matuska erzählt dann, daß ihm in Budapest, wohin er sich in der Zeit zwischen dem ersten und zweiten Anzbacher Attentat begeben hatte, wieder ein Geist namens „Leo“ erschienen sei. Dieser habe ihn aufgefordert, das Attentat zu wiederholen und ihm sogar eine Zeichnung des zu beschädigenden Gleises übergeben. Matuska behauptet, daß der Geist ihm auch geholfen habe, die 70 Kilogramm schwere Eisenschleife vom Fahrdamm auf das Gleis zu schleppen. Auf dem Tatort hinterließ er einen Zettel: „Arbeiter, bitte zur Kenntnis zu nehmen, eine große Kraft steht hinter eurem Rücken.“ Nach dem Attentat kehrte er nach Wien zurück und verbrannte seine Kleider. Er bekennt treuherzig: „Ich habe in Zeitung gelesen, daß große Aufregung über mein Attentat war, aber keine Menschen tot. Das war richtig. Ich war sehr zufrieden.“

Jüterbog und Via Torbagy.

Das Gericht geht dann zu Matuskas Vernehmung über das Attentat in Jüterbog über. Auch zu diesem will er von seinem „Geist“ inspiriert worden sein. „Ich weiß jetzt, daß er nicht existiert und ich tu mich auch schämen“, sagt er, „aber es war doch so. Ich habe ihn gesprochen.“

Matuska erzählt dann eine verworrene Geschichte. Er habe in Berlin in einem „Hotel Hallenstrasse“ einen Saal gemietet, in dem die Sekte der Eisenbahnattentäter ihre Versammlungen abhalten sollte. In Berlin habe er sich unter dem Namen „Turcologia Procop“ gemeldet, weil ihm dieser Name so interessant erschienen sei. Vor dem Attentat in Jüterbog habe er in Ping Selbstmord begehen wollen, doch sei ihm das Wasser zu kalt gewesen und dann habe er aus Angst zu ungenau gezielt, als er sich erschließen wollte. Matuska beschrieb dann seine Einfäufe im Geschäft in der Friedrichstraße. In der Voruntersuchung hatte er angegeben, er habe dabei mit der Inhaberin des Geschäftes und ihrer Tochter „angebandelt“, weil ihn der Gedanke beherrschte, er müsse beide an einem Tag besitzen. Als der Vorsitzende auf diese Angabe zurückkommt, erklärt Matuska: „Ich möchte mich darüber nicht äußern.“ Nach dem Attentat bei Jüterbog ging Matuska fünfzig Kilometer zu Fuß nach Berlin zurück. Er behauptet, überzeugt gewesen zu sein, daß kein Unglück geschehen

würde, weil die Eisenbahnwagen auf Sand entgleisen würden. Vors.: „Aber es hat doch mehr als hundert Verletzte gegeben!“ Angekl. (triumphierend): „Aber die Waggons sind ganz geblieben.“ Vors.: „Warum haben Sie sich gerade den „Angriff“ ausgesucht, um ihn dann mit Ihren Anschriften versehen beim Tatort zurückzulassen? Sollte das ein Ablenkungsmanöver sein?“ Matuska antwortet:

„Weil ich mich den Nationalsozialisten am nächsten fühle.“

Aber ganz wollte ich mich nicht anschließen, weil mir verschiedenes bei ihnen nicht paßt.“ Matuska geht dann auf das Attentat bei Via Torbagy über: „Leo (der Geist) sagte mir, ich sollte die Brücke sprengen.“ Der famose Leo fuhr dann nach Matuskas Schilderung mit ihm nach Budapest. Sie seien ein paar Tage vor dem Attentat an die Unglücksstelle hinausgefahren, und er, Matuska, habe eine Versuchssprengung gemacht. Die Kapsel explodierte jedoch vorzeitig, und Matuska lief davon. Als Matuska dann auf das Hauptattentat zu sprechen kommt, schluchzt er plötzlich auf, schlägt die Hände vors Gesicht und gebärdet sich wie toll. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß er eine widerliche Komödie auführt. Der Vorsitzende hält ihm dies auch vor.

Er will Zeitungen in die Luft sprengen.

Vors.: „Sie wollten noch weitere Attentate verüben?“ Angekl.: „Natürlich, in allen Ländern. Bis man mir darauf gekommen wäre. Ich werde auch in Zukunft Attentate begehen. Und wenn ich 70 Jahre alt bin, bis ich Gefängnis verlasse, — ich werde meine Tat vollführen.“ Vors.: „Also Eisenbahnen sprengen?“ Angekl.: „Rein, aber Zeitungen. Ich wollte auch bei Via Torbagy nicht den Zug sprengen, nur die Brücke. Ich dachte, Lastzug wird zuerst kommen — aber zum Unglück hat sich Lastzug verspätet und Schnellzug kam zuerst.“ Vors.: „Und nun sagen Sie mir, Sylvester Matuska: Was war der eigentliche Grund Ihrer Taten?“ Angekl. (schreiend): „Das möchte ich auch wissen! Ich weiß selbst nicht, warum ich das alles getan habe.“

Auch das ganzjährige Verhör vermochte das Rätsel des Motivs, das Matuska zu seinen grauenhaften Attentaten veranlaßt hat, nicht zu klären. Die Verhandlung wurde auf Donnerstag vertagt.

Tod durch das Jagdgewehr.

Kommerzienrat v. Guilleaume erschossen aufgefunden.

Remagen, 15. Juni.

Der 66jährige Kommerzienrat Max von Guilleaume, Mitinhaber der Kadelwitzer Felten u. Guilleaume Carlswerk A.-G., Köln-Mülheim, wurde heute auf seinem Sommerhaus Calmuth bei Remagen erschossen aufgefunden.

Sein Diener, der sich in den oberen Räumen des Hauses aufhielt, hörte plötzlich einen Schuß. Als er nach unten eilte, fand er Guilleaume am Tische, den Kopf zur Seite geneigt, mit einer klaffenden Wunde. Ein Schuß seiner Jagdbüchse war ihm mit solcher Wucht in die Stirn gedrungen, daß ein Teil der Schädeldecke sich abgelöst und die Fensterscheibe zertrümmert hatte. Altem Anschein nach war Herr von Guilleaume mit seiner Jagdbüchse beschäftigt gewesen. Er hatte kurz vorher mit seinem Förster eine Fahrt zum Anstand auf der Jagd verabredet. Der Wagen stand bereits mit der Jagdausstattung vor dem Hause.

Des Lebens müde . . .!

Selbstmord wegen schwerer Krankheit.

Wegen schwerer Krankheit verübte gestern früh um 5½ Uhr der 47jährige Arbeiter Fritz Schröder aus der Adersstr. 57 Selbstmord. Sch. stürzte sich aus dem Fenster seiner im dritten Stockwerk des Duergebäudes gelegenen Wohnung auf den Hof hinab, wo er mit zerstückelten Gliedern bemutlos liegen blieb. Die alarmierte Feuerwehr schaffte den Lebensmüden ins nahegelegene Lazarus-Krankenhaus, wo bei der Einlieferung jedoch nur noch der Tod festgestellt werden konnte.



Sticken Sie, lieber Raucher?

Jeder Mann wird über dieses Ansinnen lachen!

Die heutige Männerwelt hat andere Sorgen, diese zu bannen, dem grauen Alltag ein paar frohe Minuten abzurufen, dafür ist Juno die Rechte.

Den überragenden Erfolg der JUNO schuf ihre Güte.

Weil sie keine Stickereien, Wertmarken oder Gutscheine bringt, bleibt Juno die Cigarette aller Kenner; sie ist gleichmäßig gut bis zum letzten Zug!



Kleinhäuser aus Stahl.

Stahl und Kork fordern Holz und Stein heraus.

Auf der Berliner Sommerchau „Sonne, Luft und Haus für Alle“ werden jetzt auch verschiedene Stahlhäuser gezeigt. Es handelt sich, dem Gesamtbild der Sommerchau angepaßt, um Kleinhäuser, in einem Fall sogar um eine Laube aus Stahl. Die herstellenden Firmen knüpfen dabei an die Erfahrungen an, die im Hochhausbau, bei der Errichtung von Kleinhäusern und beim Bau von Dampferhäusern mit Stahl gemacht wurden. So ist ein Wohnhaus und eine Wohnlaube von der Beratungsstelle für Stahlverwendung in seinen sämtlichen Bestandteilen aus Stahl hergestellt. Von den Stahlschichten, Lamellen-Rahmen über die Tragteile der Innenwände bis zum Dachstuhl, den Türen und Fensterrahmen ist alles aus dem jetzt gegen Holz und Stein in Konkurrenz tretenden neuen Werkstoff natürlich mußte man einen guten Isolierstoff dabei zu Hilfe nehmen, und das ist Kork. Erst kommt Stahl, dann eine Luftkammer, inmittlen die Korkschicht, dann wieder Luft und schließlich innen noch besondere Isolierplatten. Bei einem Modell ist der innere Isolierstoff noch mit einer Pappschicht versehen, bei anderen Modellen mit Sperrholz. Es braucht sich also niemand Sorgen zu machen, wie er den Garderobenkasten anbringt. Dann hat man wieder auf Kork als Isolationsmaterial verzichtet und dafür eine Kork-Teer-Kombination genommen. Von Seiten der Stahlherren wird im übrigen versichert, daß das Haus so schalldicht ist, daß man auf dem Dach selbst einen Schlagregen nicht niederprasseln hört; außerdem zeigt sich an den Wänden kein Schweißwasser.

Da es sich bei den Teilen des Stahlhauses um industriell vorgefertigte Werkstücke handelt, ist die Montagezeit eines solchen Hauses naturgemäß kurz. Sie schwankt zwischen zwei und sechs Tagen. Man weiß auch darauf hin, daß bei dieser völlig industriell-fertigen Bauweise eine zuverlässige Kalkulation möglich ist, so daß es nachher nicht zu den meist unerquidlichen Auseinandersetzungen mit dem Bauherrn kommt. Die Preise des Stahlhauses lassen allerdings — von der Selbstkosten des Wertigen aus gesehen — zu wünschen übrig. Ein Quadratmeter Wandfläche stellt sich auf etwa 10 M. Das Modellhaus, das 60 Quadratmeter überbauten Raum bei 47 Quadratmeter Nutzfläche umfaßt, kostet 4700 M., und eine 20 Quadratmeter große Wohnlaube würde sich auf etwa 1200 M. stellen, jedesmal schlüsselfertig erstellt, allerdings ohne Fundament. Auf jeden Fall aber ist diese neuartige Bauweise nicht nur für den Fachmann interessant; die Musterhäuser stehen auf dem Freigelände der Sommerchau am Funkturm.

Eifersuchtstragödie in Budow.

Die Freundin niedergestochen und lebensgefährlich verletzt.

In Budow-Ost, am Stieglitzweg 44, spielte sich gestern nachmittags eine blutige Eifersuchtstragödie ab. Dort wohnt bei ihren Eltern eine 19 Jahre alte Hildegard Baum, die mit dem 20jährigen Heinrich Fiedler befreundet ist. In letzter Zeit kam es zwischen den jungen Leuten wiederholt zu Auseinandersetzungen, da Fiedler in die Treue seiner Freundin Zweifel setzte. Auch gestern nachmittags gerieten beide wieder in einen heftigen Wortwechsel. In größter Erregung zog Fiedler plötzlich ein Messer und stach auf das junge Mädchen ein. Hilde B. erlitt mehrere lebensgefährliche Verletzungen und wurde bewußtlos ins Reutlinger Krankenhaus überführt. Der Täter wurde festgenommen und ins Polizeipräsidium gebracht.

Um einen Toten.

Vor der Großen Potsdamer Straßammer mußte sich der kommunistische Stadtverordnete Werkzeugmacher Richard Schulz aus Rowanow wegen übler Nachrede des Lehrers La Grange, der durch Selbstmord geendet hat, verantworten. Das Gericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig verurteilte den Angeklagten wegen übler Nachrede in einer Druckschrift zu zehn Tagen Gefängnis. Der Vorsitzende hob hervor, daß ein Artikel im „Roten Pionier“ dazu geeignet gewesen sei, die Ehre eines Menschen auf das schändlichste zu mißbrauchen. Eine Geldstrafe sei bei dieser schweren Beleidigung nicht am Platz.

100000-Mark-Gewinn gezogen.

Die Direktion der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie teilt mit: In der gestrigen Ziehung fiel ein 100 000-Mark-Gewinn auf die Nummer 257 230. Die erste Abteilung wird in Westfalen im Rheinland, die zweite in Westfalen in Hannover gespielt.



Oskar Wöhrlé Jan Hus. Der letzte Tag.

„Gegen Juden und Pfaffen allemal, allemal!“ Vater Birmin räuspert sich, irgendwie ist ihm etwas in den Schnauzhaals, tritt in den Schluchhaals gekommen. Schließlich, nach zwei, drei guten Zügen hambacher, hat er wieder die Stimme frei: „Noch am gleichen Tag ward der Schellenkönig dem Reichkirch Rat zur Sühnung behandelt: — Wie kommst du dazu, an unserm Heiland grüßlos vorüber zu gehn? fragt ihn der Offizial. Wist ihr, was der verrückte Hund für eine Antwort gab? — Vielwerte Herren, sagte er, was sollte ich da erst noch groß meinen Judenhut ziehn? Ich kenn ja euern Heiland noch aus der Zeit, da er ein Zwischenbaum war!“ „Hahaha! hahaha!“ „Ihr lacht, obgleich ihr unsädlisch seid! Auf alle Fälle, das kann ich euch sagen, ist dem Schellenkönig das Vachen bitter geworden. Heut in der Früh, eine Stunde nach Aufgang der Sonne, mußte er hängen. Doch alles, was recht ist, er erwies sich gegen uns Christen als Schall bis zur letzten Sprosse der Galgenleiter. Wist ihr, was er gesagt hat, als er zu oberst stand? Seht alles, nur keinen Hehltritt, Gangeschrei! Aber da hatte ihn auch schon Meister Philipp am Wickel.“ „Du sagtest doch vorher, er sei als verführter Christ zum Himmel gefahren?! Wie reimt sich das mit seiner Schalkheit zusammen?“ „Als Christ ganz gewiß, denn im gleichen Augenblick, als ihm der Henker den Saß über den Kopf zog, hab ich ihm die Rattoufe gegeben!“ „Das heiß ich den Teufel geprellt!“ „Das ist vernünftig geredet, Stöff, Teufel und Welt will beschissen sein, wozu läß ich sonst hier?!“

Berlin ohne Hilfe!

Auswirkung der neuen Notverordnung: Ausgleich des Etats unmöglich

Der Oberbürgermeister schlägt der Stadtverordnetenversammlung vor, die Festschließung des Haushaltsplanes bis zum September zu vertagen, da schon jetzt feststeht, daß ein Ausgleich des Etats mit dem vom Reich durch die Notverordnung zur Verfügung gestellten Mitteln selbst bei schärfster Spar-samkeit unmöglich ist.

Zu all der Erbitterung, mit der die Notverordnung des Kabinetts der Barone von den unmittelbar davon betroffenen breiten Volksschichten aufgenommen worden ist, tritt die Enttäuschung aller deutschen Gemeinden, insbesondere der Groß- und Industriestädte, die eine durchgreifende Hilfe in ihren Finanz- und Kassensachen von dieser Notverordnung erwarteten und ermarteten durften. Wenn schon auf dem Gebiet des Unterstützungswesens wieder Fick-werk statt Reform beabsichtigt war, so mußten die Mägen wenigstens ausreichen, um die schon jetzt deutlich sichtbaren Löcher in den Haushalten der Gemeinden zu stopfen. Das ist aber in keiner Weise der Fall.

Schon jetzt kann gesagt werden, daß Berlin mit den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln seinen Etat nicht balancieren kann. Selbst wenn die Durchführungsbestimmungen, die bei der vorliegenden, nur ganz und gar klitzekleinen Verordnung die Hauptrolle spielen werden, in allen Details zugunsten der Gemeinden ausfallen sollten, bleibt doch abermals ein Defizit von vielen Millionen. Das kann nicht Wunder nehmen bei der rohen und oberflächlichen Schätzungsmethoden der Reichsregierung, die aus der Notverordnung selbst ersichtlich ist und die der Reichs-finanzminister vorgestern noch unterstrichen hat, als er auf einer Pressebesprechung das Zahlenwerk der Verordnung zu begründen versuchte. Wenn man von der Unterstützungssumme des Vorjahres als Grundlage ausgeht und darüber hinaus lediglich das Gesamtdefizit der Gemeinden im Vorjahre in Betracht zieht, so bleibt der riesige erhöhte Einnahmefall der Städte im laufenden Jahre, der doch nicht nur die Ueberweisungsteuern betrifft, völlig unberücksichtigt.

Für Berlin sind das allein 90 Millionen, die der Voranschlag für 1932 an Steuereinnahmen weniger einstellen muß als der Etat für 1931. Und hierzu treten die verminderten Einnahmen aus den städtischen Betrieben. Demgegenüber berechnet das Preussische Finanzministerium den gesamten Zuschuß für Berlin aus dem Subventionsfonds der neuen Reichsnotverordnung auf nur 96 Millionen, wovon unter Umständen noch ein Abzug für den zehnprozentigen Ausgleichsfonds, dessen Einrichtung den Ländern

gestattet ist, abgehen soll. Das ist noch nicht einmal eine Verdoppelung der Summe, die die Stadt im Vorjahr erhalten hat und die schon damals unter ungleich besseren Gesamterhältnissen nicht ausreichend war. Die Wohlfahrtsausgaben betragen bekanntlich in Berlin allein 404 Millionen in diesem Etatsjahre. Die Zahl der Wohlfahrtsverwehlosten, die ausschließlich aus städtischen Mitteln unterstützt werden müssen, hat 290 000 überschritten. Schon aus diesen wenigen Zahlen ist zu erkennen, daß das Defizit von 118 Millionen aus den Mitteln, die die neue Notverordnung über das Vorjahr hinaus zur Verfügung stellt, keinesfalls gedeckt werden kann. Und Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sind sich in ihren langen Staatsberatungen darüber jedenfalls einig geworden, daß weitere Einschränkungen der Ausgaben schließlich nicht mehr verantwortet werden können. Jede Nachprüfung des Berliner Etats wird dasselbe Ergebnis haben.

Wie lange wird es noch gehen?

So ist es zu verstehen, wenn der Magistrat jetzt der Stadtverordnetenversammlung empfiehlt, den Etat vorläufig nicht zu verabschieden, sondern zunächst die Ausführungsbestimmungen der Notverordnung und die Entwicklung der nächsten Monate abzuwarten. Ob die Stadtverordnetenversammlung diesem Vorschlag folgen wird, dürfte sich noch in dieser Woche entscheiden. Der Magistrat empfiehlt, lediglich die Höhe der Realsteuern durch einen Beschluß beider städtischen Körperschaften festzulegen, um ein Eingreifen des Oberpräsidenten zu vermeiden, das sonst nach dem Gesetz erforderlich wäre, da diese Steuern für das laufende Jahr bis zum 1. Juli spätestens beschlossen sein müssen. Die Haushaltsmittel sollen dann nach dem Vorschlag des Magistrats unter Zugrundelegung des Etatsentwurfes weitergeführt werden, wobei Kürzungen, die der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung bereits beschlossen hat, berücksichtigt werden sollen. Wie lange das Provisorium andauern muß, läßt sich noch nicht überblicken.

Es steht fest, daß die Reichsnotverordnung die erhoffte ausreichende Hilfe für die bedrohliche Finanzlage der Städte und Berlins im besonderen nicht bringt, und daß auch die erwartete Erleichterung der Kasselage durch entsprechende Maßnahmen des Reiches nicht eintreten wird. Berlin muß also versuchen, solange es geht, weiterhin aus eigener Kraft durchzukommen. Es ist aber sich und seiner Bevölkerung schuldig, laut und vernünftig auf diejenigen hinzuweisen, die die Verantwortung für alle Gefahren tragen, die sich aus dieser Sachlage entwickeln können.

Liste „Schulaufbau“.

Naziparole lautet: Christlich-unpolitisch.

Nach der Gründung der nationalsozialistischen Elternbünde vor damit zu rechnen, daß die Nationalsozialisten bei den Elternratswahlen mit eigenen Listen auftreten würden. Wie die Christlich-unpolitischen melden, wird das auf besondere Anweisung aus München nicht geschehen. Die Nationalsozialisten gaben die Parole aus: Wählt christlich-unpolitisch. In ihren Versammlungen erörtern sie bereits nach dieser Parole. Ihre Agitation ist auch hier noch zügelloser als bisher. Alle Lügen und Verleumdungen, die früher von christlich-unpolitischer Seite gegen die weltlichen Schulen verbreitet wurden, werden wieder aufgegriffen. Verdrehungen und Entstellungen moderner Schularbeit sind der Inhalt der Referate der Nazistrebener, der „Kampf gegen das System“ die stets wiederkehrende Floskel. Die Nationalsozialisten treten auch im christlich-unpolitischen Elternbund, der bisher eine Domäne der Deutschnationalen war, das Erbe der Deutschnationalen an. Kein denkender Arbeiter, kein Republikaner darf die Christlich-unpolitischen unterstützen. Wir bringen nachstehend eine Probe aus den Naziflugblättern: „Marxistische Versuchsschulen mit den Tendenzen einer „freien Entwicklung vom Kinde aus“, mit dem offen ausgesprochenen Gedanken der Familienerziehung, der Religionsverhöhnung und des Landesverrats haben keinen Platz mehr im deutschen Leben der Zukunft! Das Ziel aller Erziehung liegt in der Bedeutung des Nationalen, in der Bedeutung der Führerpersönlich-

keit und im völkischen Wert der Wehrhaftigkeit! Reinigt das gesamte Erziehungswesen vom Marxismus!“

Kurz und bündig heißt das: Erziehung zum Kanonenfutter, zum gehorhamen Untertanen, zur Unterwerfung unter „gottgewollte Abhängigkeiten“. Arbeitereltern, erachtet die Gefahr! Wer christlich-unpolitisch wählt, wählt Nazis! Gebt die Antwort durch Aufstellung von Listen „Schulaufbau“. Heute ist der letzte Termin! Die Listen müssen heute abend beim Wahlvorstand (nicht beim Schulleiter!) eingereicht sein.

An jeder Schule eine Liste „Schulaufbau“.

„Razzia im Sunapark.“

Die Berliner Kriminalpolizei hat sich wieder einmal angefangen und läßt wie alljährlich am kommenden Sonnabend, dem 18. Juni, nachmittags im Sunapark vom Publikum wieder drei „schwere Jungen“ suchen. Jeder Besucher erhält einen Siebdruck mit Bildern, mit dem er sich dann auf die „Verbrecherjagd“ begeben kann. Für die besten Ergebnisse sind insgesamt 1000 Mark Belohnung ausgesetzt. Wieder haben die Berliner, insbesondere die Berlinerinnen, eine bemerkenswert gute Spürnasen gezeigt. Etwa 1000 es sind, einmal acht und einmal sogar zwanzig Gläubliche, die sich die Belohnung teilen konnten. Der Eintrittspreis beträgt diesmal nur 75 Pfennig. Neben dem unterhaltsamen Wettbewerb gibt es noch ein Feuerwerk, ein Konzert des Blasorchesters der Kriminalpolizei und zahlreiche artistische Sensationen.

„Brav, daß wir's wissen!“ lacht der Schneizentöbner. „Aber jetzt ruhig im Geist! Wir komm her, hier klingelt Geld!“ „Jo, mer wend go!“ sagt der Schaffhauer.

12.

Die Wirkung der beiden letzten Klopferschläge auf das Durcheinander der böhmischen Herren ist verblüffend. Wie ein Tier, dem das Zuhalmesser des Meßgers die Gelenksehnen klopft, klopft plötzlich der Bärm um. Dieser übergangslöse Abschied vom vollsten Tumult in beinahe gottes-häusliche Stille hat etwas Unnatürliches und Bedingfügendes. Jeder Laut von der Diele her ist im Saale zu hören und nimmt in den überreizten Nerven der Bauschenden gigantische Formen an: der Schlussschritt des Efels, sein helleser „Wer da?“, der verrostete Schlüssel im Schloß, das Kreischen des Lorns, das Wiederzuschließen und nachfolgende Einhängen des Balkens.

Aller Augen sind gespannt auf die Tür gerichtet. Was für Ungutes wird kommen? Ein Stadtzwappner? Ein Bote aus des Königs Kanzlei? Ein Käufer der Väter? Doch die Herzen haben sich umsonst gedüngelt, der zurückgehaltene Atem kann wieder frei aus der Brust, Peter tritt ein, Kepkas Notar.

„Herren!“ sagt er hastig an Stelle einer Begrüßung, „was macht ihr für einen Heidenraub! Ich hab euern Bärm schon vorn in der Gasse gehört! Dabei ist ein solcher Aufwand an Aufregung gar nicht mehr nötig! Was wir wollen, wäre geschafft!“

„Nicht möglich!“ „Es ist doch möglich! Diese Nacht noch wird Hus frei!“ „Wie ist...“ „Nein, seht mir nicht mit Fragen zu, jetzt nicht! Laßt euch an der Tatsache genügen, die spricht für sich selber. Morgen, wenn nach Sonnenaufgang die Tore geöffnet werden, ist Hus bereits zwei Meilen aus der Stadt und in gutem Schirm auf dem Wege nach Böhmen!“ „Bruder, sag's nochmal!“ „Hus frei und auf dem Wege nach Böhmen!“ „Gott sei's getrommelt und gepiffen!“ jubelt Zista, „Vanges Vaster, wie hast du das in deinem Advoatenhirn bloß geschafft?! Sofort beichte, oder ich werde dich küssen!“ Peter lacht: „Ich bin kein Barstfreund! Dann lieber gebeichtet. Aber

es ist wenig, nur dies!“ Dabei machte er mit Daumen und Zeigefinger die Bewegung des Geldzählens. „Ich habe zum Glück eine Balkpforte erkundet, von wo aus die sonst unerfüllbaren Finken dieses Konziliums zugänglich sind. Die Einzelheiten werdet ihr erfahren, sobald ich mit der Umlage komme. Herren, tut morgen Geld in den Beutel!“

„Ich pfletere gerne ganz Konstanz mit Gold aus, wenn ich's vermöchte; nur häit' ich den einen Wunsch, zur Stunde, da Hans Flucht bekannt wird, den Vätern in die verdühten Bartwiesen zu lehen!“

„Nichts leichter als das, Herr Kepka. Geht morgen in der Frühe, wenn die Glocken zusammenläuten, zur Sitzung ins Münster!“

„Lopp, wird gemacht! Wer kommt mit?“ „Ich! Ich! Ich!“ schreien alle.

„Bist!“ mahnt der Notar. „Nun eines, liebe Herren: Schweigen, Geduld und ruhiges Blut, und noch vor dem Nachruf der Scharwache ins Quartier! Ich habe eine Ahnung, als ob es für jeden von uns gar sein würde, sich über seinen Verbleib in dieser Nacht ein paar einwandfreie Zeugen zu beschaffen.“

Kepkas Rat leuchtet ein. Sechzehnmal im Verlauf der nächsten Stunde schließt der Efel das Haustor auf und schaut prüfend in die dunkle Gasse. Sechzehnmal sagt das grämliche Gesicht: „Die Luft ist rein!“ Sechzehnmal ist sich ein Schatten vom Haus und strebt mit rohen Schritten nach der belebteren Straße. Aber keiner dieser Schatten wird innu, daß ihm schon zwei Hausforeiten weiter ein anderer Schatten folgt, gatrau wie sein eigener.

Peter, der Notar, kundig des Instrumentis der Prozesse, hätte den Herren gar nicht ans Herz zu legen brauchen, sich für diese kritische Nacht ein Müßi zu schaffen. Diese Sorge bot ihnen der Vogt der guten und getreuen Stadt Konstanz abgenommen. Sein Betrieb ist auf der Höhe, nicht einmal der Spitzdienst der Kurie arbeitet besser. Ob Hans Hagen mit dem Bürgermeister im Ratskeller sitzt, ob er nachher banfettiert an König Sigmunds Tisch, er mag ruhig seinen Becher schenken und haben, er weiß morgen, sobald er auf die Vogtei kommt, genau, wo und wie jeder der böhmischen Herren die Nacht vom fünften zum sechsten Juli verbracht hat. Wenn er will, kann er Herrn Dindrich sogar die andert-halb Stunden im Bordell der Italerinnen neben dem Schottenkloster vorrechnen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Kleinen den Großen geopfert!

Und Hitler geht gegen die Kleinen / Der „Angriff“ unterschlägt die Notverordnung!

Die von den Nazis tolerierte Adelsregierung hat das Kunststück fertiggebracht, die breiten Massen aufs neue mit Hunderten von Millionen zu belasten. Auf der anderen Seite ergeben sich aber Steuergeschenke für die Kreise, die in Wirklichkeit hinter der Adelsregierung stehen, Steuergeschenke für die große und schwere Industrie, Schonung der großen Vermögen, Schonung der hohen Einkommen.

Es ist das alte Lied von den Großen und den Kleinen. Dem Großen wird gegeben, dem Kleinen wird genommen.

Befonders schroff ist der Gegensatz zwischen der Großindustrie und dem kleinen Handwerker, dem kleinen Händler. Gerade die Schichten des Handwerks und des kleinen Handels stehen der Wirtschaftskrise ungeschützt gegenüber. Höchst der Arbeiterschaft hat die Wucht der Krise wohl diese Schichten am meisten getroffen. In einer Art Verzweiflungstimmung haben sich viele Kreise des deutschen Handwerks und des kleinen Handels in Deutschland den Rechtsparteien zugewandt. Man ließ Adolf Hitler nach. Man hielt es sogar für Ehrentitel, Hitler zu wählen. Nicht alle im deutschen Handwerk und im Handel sind nun von den Wunderrezepten Hitlers überzeugt. Aber man sagte sich, man müßte Hitler die große Chance geben, seine Versprechungen zu verwirklichen. Damit wirklich „alles anders“ werde!

Nun, mit der Regierung von Papen hat Hitler die große Chance erhalten. Was ist die Regierung von Papen für sich? Eine Hand voll Leute, die selbst des Reizes der Persönlichkeit entbehren. Leute, die nicht einmal durch Erfahrung und Tatkraft überzeugen. Die Regierung der Barone kann sich aber auf die Partei Adolf Hitlers stützen. Von Adolf Hitler hängt diese Regierung ab. Sie muß tun, was er will.

Wenn Hitler für die Kleinen ist, hätte die Notverordnung es zeigen müssen.

Was ist herausgekommen?

Sehen wir beispielsweise auf die Verminderung der Aufbringungssteuer. Diese Steuer trifft die großen Betriebsvermögen von 500000 M. und mehr. Sie sollte für das Jahr 1932 rund 200 Millionen Mark erbringen. Hier legen die Steuergeschenke der Adelsregierung ein. Die Aufbringungssteuer wird halbiert. Die großen Vermögen haben nicht mehr 200 Millionen Mark, die das Kabinett Brüning gefordert hatte, zu zahlen, sondern nur 100 Millionen Mark. Ein echtes rechtes Steuergeschenk für die Großen!

Nun aber die Kleinen! Der Reichsfinanzminister des Kabinetts Brüning, Dr. Dietrich, hat sich im vorigen Jahr durchgesetzt, daß solche Geschäftsleute, die pro Jahr nur einen Umsatz bis 5000 M. erzielen, von der Umsatzsteuer befreit bleiben. Man muß sich darüber klar sein: Diese Regelung des Kabinetts Brüning war eine großzügige Hilfsaktion für das Gewerbe und den Handel. Zwei Prozent Umsatzsteuer — das macht für die umgesetzte Mark wenig aus. Aber für das ganze Jahr summieren sich die Posten. Der kleine Handwerker und der kleine Geschäftstreibende werden die Erleichterungen, die das Kabinett Brüning gewährte, zu schätzen gewußt haben. Viele sind damit über das Größte hinweggekommen.

Domit hat das Adelskabinett Schluß gemacht. Auch der Umsatz bis 5000 M. hat jetzt Umsatzsteuer zu zahlen. Dazu kommt: Früher mußten die Kleinen nur 0,85 Proz. zahlen. Heute sind es 2 Proz.!

Die Regierung nimmt an, daß die neue Regelung der Umsatzsteuer bis 5000 M. Umsatz 150 bis 200 Millionen Mark einbringen wird. Um der großen und schweren Industrie, den Trusts und Konzernen, das Steuergeschenk von 100 Millionen Mark bei der Aufbringungssteuer machen zu können, werden die schwachen Schultern des Mittelstandes mit 200 Millionen Mark belastet.

Dazu kommen noch indirekte Härten. Durch die neue Notverordnung wird das Volkseinkommen oberhalb um 1,5 Milliarden Mark gekürzt. Das werden wir bald im Geschäftsleben merken. Wer sich bisher noch einen Anzug kaufen konnte, wird darauf verzichten müssen. Wer kann sich noch mit ruhigem Gewissen ein Glas Bier oder eine Zigarette leisten? Immer heißt es, die Ausgaben dem gekürzten Einkommen anzupassen. Ueberall wird man die Einkommensschrumpfung merken.

Gerade die kleinen Geschäftsleute werden die wieder eingeführte Umsatzsteuer tragen müssen, weil die Preise ja einen Zuschlag nicht mehr erlauben.

Adolf Hitler hat nichts dagegen getan! Sowie die Kleinen an ihn glaubten, sind sie belogen und betrogen worden. Er hat seine Macht für die Großen eingesetzt. Aber die Dinge sind noch viel toller! Der „Angriff“ hat in seiner gestrigen Nummer, obwohl die Notverordnung bereits 24 Stunden im Wortlaut vorlag, den Inhalt der Notverordnung seinen Lesern unterschlagen!!!

Werdet ihr jetzt wach, ihr armen Kälber des Mittelstandes, die ihr mit solcher Begeisterung eure eigenen Metzger gewöhnt habt!

„Getreidepreise herauf!“

Der Landbund fordert. — Verhandlungen. — Die Nazis dafür!

In den nächsten Tagen wird eine Besprechung beim Reichsernährungsminister stattfinden, in der nach Maßnahmen gesucht werden soll, um die Getreidepreise zu steigern. Eine diesbezügliche Forderung ist vom Reichslandbund an den neuen Reichsernährungsminister ergangen.

Die Dinge liegen so, daß die kurze Inflationshaufe an den deutschen Produktendürfen nichts brachte. Die Preistreiber hatten auf den Getreidemarkten Bed. Dazu herrscht ein äußerst günstiges Getreidewetter. Man rechnet, zum mindesten für Deutschland, mit einer guten Getreideernte. Umfangreiche Getreideernten müssen natürlich auf den Preis drücken, und das trat auf den Getreidemarkten in den letzten beiden Wochen ein. Von Tag zu Tag ergaben sich sowohl für Roggen als auch für Weizen und besonders für die späteren Viefierungen ganz erhebliche Abschlüge. Es stellte sich heraus, daß die Landwirte, die vor etwa vier bis sechs Wochen ihre Getreide veräußerten, richtig spekuliert hatten. Sie haben noch Höchstpreise für Getreide erzielt. Dagegen sind die Landwirte, die im Juni und Juli, kurz vor der Ernte, mit noch höheren Preisen rechneten und nicht veräußerten, gründlich reingefallen. Auch hat sich herausgestellt, daß die Getreideexporträte in der Hand der Landwirtschaft und der ersten Hand größer sind, als man angenommen hatte.

Die Großagrarien wollen sich mit diesen natürlichen Vorgängen nicht abfinden. Wofür hat man schließlich „seine“ Regierung und „seinen“ Reichsernährungsminister? So ist es zu den angelegten Besprechungen im Reichsernährungsministerium gekommen. Ziel der Besprechungen ist: Getreidepreiserhöhung auf jeden Fall! Das hohe Preisniveau für Getreide soll gehalten werden, ohne Rücksicht auf die Verbraucher und auf die Bäcker.

Interessant sind die Mittel, die man für die weiteren Preissteigerungen einsehen will. Sie gehen vorzugsweise dahin, daß der Reichsernährungsminister eine weitere Weizeneinfuhr nach Deutschland sofort abstoppt. Man rechnet damit, daß mit Verknapfung der Weizenversorgung die Getreidepreise dann allgemein gehalten werden können.

Nun liegen die Dinge so, daß die Weizeneinfuhrkontingente schon verteilt sind. Eine Unterbindung der Einfuhren ist technisch unmöglich und wird wirtschaftlich auch nicht billig sein. Andererseits genügen die Weizenbestände in Deutschland nicht. Nach einer Erhebung des Statistischen Reichsamts, die am Mittwoch veröffentlicht worden ist, machen die Weizenbestände in Deutschland im Monat Mai bei Mühlen und Bäckern usw., also die Bestände der sogenannten zweiten Hand, 318 000 Tonnen aus gegen 355 000 Tonnen im April und 452 000 Tonnen im Monat März. Die Abnahme in den Weizenbeständen hat sich zwar verlangsamt; immerhin ist aber eine Menge abgegangen, die etwa dem Bedarf für einen halben Monat entspricht. Das beweist die Unmöglichkeit, die Weizeneinfuhr abzustoppen.

Den Kerneisen wird jetzt die Unterfütterung gefürzt. Das Brot könnte etwas billiger werden. Das darf nicht sein. Das wollen die Großagrarien nicht. Wir warnen!

Wie stehen die Nazis zu den Forderungen des Landbundes?

Wir lesen im „Angriff“ vom Mittwoch, dem 15. Juni, also von gestern:

„Der Reichslandbund hat eine Entschließung ange-

nommen, in der er sich bereit erklärt, seine Erfahrungen und seinen Rat für positive baldigst einzuschlagende Hilfs- und Rettungswege nachdrücklich zur Verfügung zu stellen, um das vaterländische Erneuerungswort nach Kräften zu fördern. — Hoffen wir, daß die Regierung von diesem Angebot auch Gebrauch macht...“

„Hoffen wir, daß die Regierung von diesem Angebot auch Gebrauch macht.“ Der „Angriff“ macht sich die Forderungen des Landbundes ausdrücklich zu eigen!!

Schlechter Maschinenbau im Mai.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten meldet für den Monat Mai einen Rückgang der Aufträge und zwar im Inlands- und im Auslandsgeschäft. Während in den letzten beiden Monaten ein gewisse Belebung eingetreten war, ist das Geschäft gegenwärtig wieder auf den Tiefstand des Vorjahres zurückgeworfen worden, als die Finanzkatastrophe einsetzte.

Der Verein verweist darauf, daß die gegenwärtige Beschäfti-

gung, etwa 30 Proz. der Normalbeschäftigung, zur Hälfte auf dem Export beruht. Jeder störende Eingriff in den Außenhandel müßte unter den gegenwärtig aufs äußerste gespannten Verhältnissen eine Katastrophe für die deutsche Wirtschaft bedeuten und den wichtigsten Binnenmarkt der deutschen Landwirtschaft aufs schwerste bedrohen.

Diese Ausführungen der deutschen Maschinenbauindustrie zielen auf die wahnwitzigen Forderungen des Reichslandbundes hin, die, wenn sie verwirklicht werden, den deutschen Außenhandel zerbrechen müßten. Wie die Nazis zu den Forderungen des Reichslandbundes stehen, siehe oben unter „Getreidepreise herauf“.

Der Linoleumskandal.

17 Mill. Sonderabschreibungen, vor allem auf Carlino, Reims.

Die Abschlüsse der Gesellschaften der Linoleum-Union für das Jahr 1931 sind die Quittung für eine sinnlose Expansionspolitik, die als einziges wirtschaftliches Ziel das Monopol, das Preisdiktat auf dem europäischen Markte verfolgte. Die Deutsche Linoleum-Werke A. G., aus dem Zusammenschluß aller bedeutenden deutschen Unternehmen entstanden, hat einen Teil ihrer Betriebe in Deutschland rücksichtslos stillgelegt und die Arbeiter auf die Straße gelegt. Anstatt zu exportieren, beteiligte man sich an zahlreichen Unternehmen des Auslandes; beim Ankauf der Beteiligungen war kein Kurs zu hoch. Die Spitze des europäischen Linoleumkonzerns ist die Continentale Linoleum-Union, Zürich, in die die Beteiligungen an den europäischen Werken eingebracht wurden; diese wiederum besitzen die Aktien der Union.

Der Abschluß für 1931 steht im Zeichen der Pleite der französischen Gesellschaft Carlino, Reims. Die Aktien dieses Unternehmens mußten restlos die Forderungen um ein Drittel abgeschrieben werden. Mit den Abschreibungen für das stillgelegte Werk in Libau belaufen sich die Sonderabschreibungen des Konzerns auf 17,1 (im Vorjahr bereits 5,6) Mill. M.; die ordentlichen Abschreibungen sind mit 3,2 Mill. M. fast so hoch wie im Vorjahr (3,6 Mill. M.). Bei einem Kapital von 55,6 Mill. M. ergibt sich ein Verlust von 16,8 Mill. M., der auf die Konzerngesellschaften verteilt wird: die Union selbst trägt 6,7 Mill., auf die Deutsche Linoleum-Werke A. G. kommen 6,05 Mill., auf die Schweizer Gesellschaft (Giubiasco) 0,8 Mill., auf die schwedische Gesellschaft (Forshaga) 1,4 Mill. und auf die holländische Gesellschaft (Krommenie) 1,9 Mill. M. Diese Verluste werden bei allen Gesellschaften vorgetragen. Es ist zu betonen, daß rein betriebsmäßig die Gesellschaften ohne Verlust abschließen.

Bei der Deutschen Linoleum-Werke A. G. haben sich die Vorräte stark von 17,7 auf 10,7 Mill. M. ermäßigt. Der Rohüberschuß von 3,3 Mill. reichte aus, um die ordentlichen Abschreibungen vorzunehmen. Wenn der Absatz in Deutschland um 33 Prozent (wertmäßig!) gesunken ist, so ist das nicht nur ein Zeichen für die schlechte Lage des Baumarktes, sondern auch für die törichte Monopolpreispolitik, die erst vor einiger Zeit gemildert wurde. Bei der Schweizer Gesellschaft ist der Umsatz um 8 Prozent gestiegen, bei der schwedischen um den gleichen Prozentsatz gesunken. Im neuen Jahr hat sich die Geschäftslage überall verschlechtert.

Verluste im Siemens-Konzern.

Die Abschlüsse der medizinischen Apparate-Abteilungen.

Die „Inag“ Industrie-Unternehmungen A. G., Berlin, eine Holdinggesellschaft des Siemens-Konzerns für Beteiligungen an Gesellschaften zur Fabrikation medizinischer Apparate, schließt das Geschäftsjahr 1931 mit einem Verlust von 0,6 Millionen Mark. Dieser ist auf Kursverluste bei ausländischen Tochtergesellschaften zurückzuführen. Bei einem Kapital von rund 4 Millionen Mark beträgt der Gesamtverlust fast eine Million Mark, der aus der Reserve gedeckt wird.

Die Fabrikationsgesellschaft des Siemens-Konzerns für medizinische Elektroapparate, die Reiniger, Gebberl u. Schall A. G., Erlangen, hat im Jahre 1931 ebenfalls einen Betriebsverlust erlitten. Dem hohen Gewinnvortrag aus dem Vorjahre von 0,26 Millionen Mark ist es zu danken, daß die Erfolgsrechnung noch mit einem Gewinn von 0,1 Millionen Mark abschließt, der vorgetragen wird.

Was kostet Kakenellenbogen?

Die Aktionäre müssen für seine Spekulationen mit 20 Millionen bluten.

Das letzte Ende der Aktionäre der Schultheiß-Bogenhofer Brauerei A. G. für die Spekulationsgeschäfte des Nachhändlers Ludwig Kakenellenbogen würden gerade stehen müssen, hätten wir bei Veröffentlichung des Schultheiß-Standals vorausgesagt. Diese Voraussage wird durch die gestrigen Beschlüsse des Aufsichtsrats von Schultheiß-Bogenhofer bestätigt.

Das umfangreiche Aktienkapital wird im Verhältnis 5:3 zusammengesetzt. Daß die Verwaltung mit einer baldigen Wiederaufnahme der Dividendenzahlung rechnet, wird für die Aktionäre ein schwacher Trost sein. Ueberlassen muß aber die diplomatisch abgefaßte Erklärung, daß man weder gegen die Mitglieder des Aufsichtsrats, noch gegen die zur Zeit im Amt befindlichen Vorstandsmitglieder, noch gegen die Bankleitungen Er-jahsansprüche geltend machen will. Danach scheint man annehmen zu müssen, daß man nur gegen Kakenellenbogen vorgehen will, von dem aber wohl kaum noch viel zu holen sein wird.

Die Beschlüsse des Aufsichtsrats sind das Resultat langer Verhandlungen mit den Banken. Diese werden nach Durchführung der Sanierung die Schultheiß-Bogenhofer-Brauerei tatsächlich beherrschen. Zunächst erwerben die Banken die 15 Millionen Mark Vorzugsaktien, auf die bisher 25 Proz. eingezahlt waren. Die Banken leisten die Vollzahlung mit 11,25 Millionen Mark und zahlen außerdem an Schultheiß-Bogenhofer 2,2 Millionen Mark für deren Zurückbehaltungsrecht.

Für den Spekulationskauf von 14,57 Mill. M. Schultheiß-Aktien haben die Banken Forderungen von 41,4 Millionen Mark, für die jetzt die Brauerei geradestehen muß. Die

Banken übernehmen 12 Millionen Mark Aktien zu 100 Proz.; diese Aktien werden nicht zusammengelegt für 8 Millionen Bankenforderungen werden Genußscheine ausgegeben, die eine Vorzugsdividende von 6 Proz. haben und aus dem Reingewinn zu tilgen sind. 5 Millionen Mark hat Schultheiß an die Banken in bar zu zahlen. Der Restbetrag von 16,4 Millionen Mark ist zum Reichsbankdiskont, aber höchstens mit 6 Proz. zu verzinsen und von 1935 bis 1945 zu tilgen.

Die Banken erklären sich für ihre Forderungen gegen die Effektenkonfession G. m. b. H. in Höhe von 11,3 Millionen Mark durch die Übernahme der verpfändeten Aktien für befriedigt. Von diesen Aktien kauft Schultheiß einen Nominalbetrag von 8,25 Millionen Stammaktien zum Kurse von 50 Proz. zurück.

Die Sanierung bei Schultheiß geht in folgender Weise vor sich. Vom Stammkapital von 75 Millionen Mark werden 14 Millionen eingezogen. Da 12 Millionen Mark Aktien, die von den Banken übernommen wurden, von der Zusammenlegung ausgenommen sind, verbleibt ein Kapital von 49 Millionen Mark, das im Verhältnis 5:3 auf 24,4 Millionen Mark herabgesetzt wird. Die Aktionäre müssen also 20 Millionen zur Deckung der Verluste beisteuern. Das Kapital beträgt danach 41,4 Millionen Stammaktien und 15 Millionen Vorzugsaktien. Der Referendumsfonds wird nur von 8,6 auf 5,6 (auf 10 Proz. des neuen Kapitals) ermäßigt.

Die Bilanz und die Höhe der Abschreibungen werden Ende dieses Monats bekanntgegeben; die Generalversammlung soll im Juli stattfinden.

C. P. Meisinger: Gewitter über dem Meer

Unter Wolkendeckeln sinkt die Sonne nieder. Wie grüne Gasse ist ihr Licht.

Es ist, als ob eine Unruhe das Meer erschüttert, als ob die gespensterhaft wachsenden Schatten der Steilküste das Meer erschrecken.

Der blaue Horizont der See läuft schwarz an wie ein blankes Messer. Wolkendeckeln steigen hoch und höher, und wie giftige Rucheln und Blitze steigt ein Unwetter aus dem Meere herauf.

Die Schatten der Küste greifen tiefer und weiter in das Meer. Die Wolkendeckeln färben sich mit Schwefel und Phosphor und schleudern drohende Häuste hoch in den erblässenden Himmel.

Warnungszeichen zappeln an den Küsten hoch.

Die scherenden Fischer klüchten mit den sturmoerkundenden Wämen dem Festlande zu und ziehen ihre Boote weit den Strand hinauf, ehe die Brandung die Küste verbarrikadiert.

Steif und schwer dehnt sich das Meer, das der Sturm weht und wie an den Haaren zu einem heimlichen Komplott heranzieht. In Wirbeln hebt sich der Sturm in das Meer.

Wie zusammengekauerte Hunde liegen die Felsquadern am Ufer, bereit, gegen die Flanken der Erde zu springen. Heimtückisch widerstrebend gehen die Bogen auf und ab, hoch und nieder, lockern die Steine auf sandigem Grund, bis mit einem plötzlichen Anlauf das Meer, vom Sturm befeuert, aufspringt und die glibbernden Bogen in ihrer Breite und Tiefe zu sich emporkümmert und wirbelnd gegeneinander schleudert.

Die Bogen entziehen der sinkenden Sonne rote Fehen, und mit tausend roten Fahnen brechen die Bogen am Horizont auf und türmen Wellen zu Bergen hoch, daß die dahinschießenden Brecher im Sturmschwall zu Gischt zerfodern.

Oben von der Steilküste aus erkennst du im Aufruhr des Meeres die voranströmenden Führer und Aufklärer. Unaufhaltsam jagen sie den blindlings nachrollenden Massen voran. Die letzten Sonnenstrahlen fliegen wie funkenprühende Brandfäden gegen die Steilküste, und in diesem Augenblick ist das unübersichtliche Geisje von Gischt und Schaum ein in Feuer und Wasserstaub zerplatzender Planet.

Aus dem brüllenden Toben lassen sich Wellen vor der Küste alle und junge Wogen klar unterscheiden. Die tief auswählend den brüllenden Anführern dicht folgen, das sind die Jungen. Die Alten bleiben weiter zurück, schüttelein verzweifelt ihre weißen Häupter und werfen sich den Aufklärern immer wieder in den Weg. Sie werden zur Seite geschleudert und über sie weg stürmen die Führer vorwärts. Ueberall reißen sich die Jungen los, springen hoch und entwinden sich schäumend den zitternden Alten. Brüllend jagen die Jungen ihren Führern nach.

Der Aufruhr tobt wie eine wahnsinnige Flucht auf die Steilküste los. Alle Urkräfte entfesseln Sturm und Meer. Die Wolkendeckeln sind zu Peitschen des Wahnsinns geworden und zerbrechen an der durchwurzelten Steilküste.

„Bermegheit lockt euch in sinnlosen Kampf!“ brüllen beschwörend die Alten. „Euer Sturm ist selige Flucht vor euch selbst! — Ihr flieht, von der Freiheit getrieben, in eine Flucht ohne Ende!“ „Wir sind die Häuste und Zähne der Zeit!“ lachen die Jungen zurück.

„Häuste und Zähne zerbrechen im Sturm!“ erwidern die Alten. „Wir erzwingen, was wir singen!“ fügen die Jungen rasend fort und zerbrechen mit frischem Geisje an den versteinerten Felsen, daß ihr Schaum hoch gegen die Steilküste springt.

Die Dunder und Fellen bewegen sich schwer, als warteten sie auf den Peitschentknall. Wellenberge um Wellenberge rollen unsichtbar vor Gischt und Schaum höher die Steilküste hinauf und fallen zurück.

Die Sonne steht halbvert am Horizont und entzündet mit letztem Licht die donnernde Brandung zu einer tochenden Feuerbrunst.

Leuchtfeuer spielen ihre Lichtzeichen gegen die aufstrebenden Gewitterwolken, die nach den offenen Bliz verfluchen, bis die ungeheuren Gewichte der Atmosphäre in kandelbilden Feueradern aufkommen. Wie ausgerissene Bäume mit ungeheuren Wurzeln und Kronen schleudert der Himmel seine Feuerketten von Horizont zu Horizont, daß die Erde im zerberstenden Donner aufbrüllt und bebzt.

Orkane reißen Wellen um Wellen alle Windstürken der Erde zusammen. In gurgelnden Wirbeln rasen die Bogen und schneiden wie Sense über die Steilküste hinweg.

Das von Orkanen brodelnde Wasser reißt die Felsquadern vom Grunde los und schleudert sie hoch, daß sie zerplündernd gegen die Felswand donnern.

Strahlend hält die Eiten der Steilküste den Widerschein der Sonne dem schonungslosen Element entgegen.

Wie der Krater eines Vulkans, der von Lava überschüttet in sich zusammenbricht und immer wieder neue Riesengegäule hochstürmt, donnern Blizstrudel die Steilküste brandend hinauf und hinab. Millionen schwere Feinener hämmern die Bogen Schlag auf Schlag gegen die Steilküste, an deren Eiten sich die hargigen Riesen um ihre Wurzeln drehen.

Wellenweit brüllt der Sturm in das Land hinein. Mit schwarzen Fahnen sind die Sterne verhängt. Leuchtfeuer rufen ohne Unterlaß ihre Wegzeichen hinaus auf die sturmmurmelnden Handelsstraßen, darauf der Mensch, zitternde Planken unter den Füßen, mit sturmgepöhlten Atmosphären — Dampf und Kohle — dem Aufruhr mit kaltem Blute trotzt.

Der Aufruhr des Meeres zerfloß über Nacht mit seiner weisprechenden Mut wie schlächter Schnee. Wie eingeschlossen liegt das Meer. Raum stärker als dein Blut im Handgelenk bewegt es mit ruhigem Atem samenfeine Kieselfeinsten Bruchteile eines Millimeters hin und her, vor und zurück.

Ein Fremder wird die Unordnung ringum am Strande und an der Steilküste nicht erkennen. Alles ist durcheinander geworfen. Kein Stein liegt an der alten Stelle, und doch liegt alles so, als könnte sich die Landschaft nie verändern.

Fische sind in das Rejwerk der Wurzeln an der Steilküste geschleudert. Raben sind schon früher wach und teilen sich die Meeresbeute.

Zwischen angetriebenem Tag und Holz liegen Bernsteinstücke. Das Meer verlor im Aufruhr seinen kostbaren Besitz.

In die Steilküste haben die Bogen Runen eingekerbt, die wir nicht mehr zu deuten wissen.

Die Steilküste trotz mit ihrer Eiten dem Meer, und was die Wellen mit ihren Zähnen fortziehen, müssen sie immer wieder hin zur Küste tragen. Das Meer muß neu aufbauen, wo es niederreißt.

Der giftigste Sturm hat seine Stärken in Wellenlinien wie eine Skala in den Sand gezeichnet. Sie alle, Meer und Sturm, Ruchel und Wurm, zeigen ihre Fieberkurven und zeichnen in Wellen und Ringen ihr Tagebuch. Kein Tag geht ohne Zeichen an Baum und Ruchel und an deinem Gesicht vorüber.

Es summt und singt das Meer, als wäre nur Friede und Großmut in ihm. Jedoch der feingemahlene Sand zu deinen Füßen sagt dir, wie kein das Meer jeden Widerstand zermahlt und wie es keinen Stein in Ruhe läßt, bis er zu Staub zerfallen ist. Ihr Wacht-

bewußtsein ist unerschütterlich. Unerschütterlich sucht das Meer die Liebe und Sehnsucht des Menschen zu seinem Verderben. Es tobt mit seiner Ferne und fordert mit grausamer Tücke die Menschenkraft mit all ihrem Wissen und Erfinden zu seiner Vernichtung heraus.

Wit welchem Wahn überlistet das Meer die Geschöpfe! Mit seiner Himmelsbläue und seinem smaragdgrünen Feuer unter der hohen Sonne, mit seinem Rubinerglanz zum Morgen und zum Abendrot, verlockt und verführt es Greis und Kind, Mann und Weib und trägt sie alle auf wiegenden Armen in eine ausweglose Fremde.

Die lachende Lebensinbrunst des kühnen Fischers macht das Meer mit einem Atemzug zum Todeschrei und Leichenzug.

Heimtückisch schmeichelt und küstert die See, glättet immerzu ihre verstockte Grausamkeit.

Singt ein Seemann sein Lied, verbirgt er dahinter Schrecken

Marie Theresie: Ein Ulk

Dreimal bin ich um die Welt gereist. Auf meiner ersten Reise um die Welt habe ich überhaupt nichts gesehen. Ich bin sehr kurzfristig. Aber um nichts in der Welt hätte ich eine Brille aufgesetzt. (Ganz gewiß ist es für eine junge Frau auf einer Reise um die Welt auch viel wichtiger, wie die Welt sie sieht, als wie sie die Welt sieht.) Ich bin nicht zu kurz gekommen. Andere mögen mehr von der Welt gesehen haben, ich habe mehr von der Welt gerochen. Alle fünf Sinne können nicht gleichzeitig mit Vollkraft arbeiten. Wer zuviel sieht, riecht zu wenig und hört zu wenig. Mein Weltbild setzt sich mehr aus Gerüchen und Geräuschen zusammen als aus Bildern. Sehen kann man die Welt im Kino und auf Ansichtskarten. Aber wie riecht dampfender Regen im Tropenwald, wie riechen frisch in Del gebratene Sardinen in Portugal, wie riecht das Witztraut in den Straßen von Marokko, wie riechen die Drangensfarmen von Kalifornien, wie riechen die kleinen Oellampen der Dschunken auf dem Jangtsekiang — gemischt mit dem Duft zusammengesperrter Chinesen und aller Begleitkräfte Chinas?? Heute, in der Erinnerung, kann ich mich in alle Länder der Welt hineinriechen. . . wer das nicht kann, hat etwas veräumt auf dieser Welt. Man soll mit offenen Augen durch die Welt gehen? Vor allem mit offener Nase.

Ueberhaupt muß ich so einiges richtigstellen. Leute mit Beobachtungsgabe sehen am allerwenigsten von der Welt. Sie sehen die Welt objektiv und erfüllen sie nicht. Ich beobachte nie auf Reisen, ich lasse es mir „zumute sein“. Mein subjektives Befinden ergibt sich aus mit feinsten Nerven erfüllter Umwelt. Nachführend in der Erinnerung, rekonstruierte ich mir die Eigenart eines Landstriches, den ich gegenwärtig haben möchte. Sehen, hören, riechen, fühlen muß man die Welt. . . bleibt nach das Schmecken. O wenn mein Magen reden wollte! Er kennt das Tutti-Fruitti aller Küchen der ganzen Welt. Auch die Liebe zu den Ländern geht durch den Magen. Ich habe mit Chinesen am Hungertuch genagt, aber ich habe auch im Hotel Cecil diniert und ein Souper im Reno-House mit einem Schälchen kalter Bouillon begonnen. Spanische Delikatessen und nordische Platten, javanische Currysoßen, australische Hammel und amerikanische Blechbosen liegen mir im Magen; oft habe ich geschlafen wie der Wolf mit den Kumpelsteinen im Bauch. Mein

Alfred Prugel: Ein Schuß in der Nacht

Das Zimmer liegt im Halbdunkel. Das Licht der Schreiblampe schwimmt ausgegossen auf der dunklen Platte des Tisches, auf Büchern und Papieren. Ich habe bis in die Nacht hinein gearbeitet. Das Haus ist still. Kein Laut hört mich. Die Menschen schlafen. Die Geräusche und Stimmen sind von der Nacht aufgeschluckt. Wie bin ich allein in der großen Stadt, deren Häuser und Menschen um mich gestellt sind!

Nachtschlaf muß längst vorüber sein. Ich bin müde. Mein Kopf ist schwer. Meine Gedanken laufen schwerfällig wie große, ächzende Räder. Wie zum Ersticken ist die Luft im Zimmer. Ich reiße das Fenster auf und blitze in die Nacht hinaus. Am Himmel stehen die Sterne. Kalt und regungslos. Ich sehe hinunter. Die Straße ist menschenleer.

Am Ende der Straße liegt der Park. Ich kann seine dünnen Bepfel erkennen. Als ich heute mittag vorbeiging, lag die Sonne auf den feuchten Wegen. Weiße Kinderwagen rollten. Auf den Bänken saßen die Alten und lehnten sich von der warmen Sonne überrieseln. Jetzt liegt der Park stumm, seines Lebens beraubt. Es ist ein seltsames Gefühl, in dieser Stille hinunterzuschauen. Man möchte glauben, alles Leben wäre aus der Straße, aus der ganzen Stadt gelassen und hätte einen offenen zurückerlassen. Mich festhält bei diesem Gedanken. Ich will das Fenster schließen und mich wieder in das Licht der Lampe klüchten.

In diesem Augenblick höre ich vom Park her einen leisen Knall. Ich jähre zusammen. Der Knall war so scharf und dünn. Es muß ein Schuß gewesen sein, fällt mir ein. Da tönt ein zweites. Dann wieder Stille. Tiefe Stille.

Ich beuge mich zum Fenster hinaus. Der Schuß kam vom Park her. Ich lausche. Aber alles bleibt still. Kein Schrei, kein Schritt. Stumm liegt die Straße. Regungslos hängt die Nacht zwischen den Häusern.

Ich lehne mich weit hinaus. Ich bin ganz benommen. Ein Schuß fiel im Park. Ich habe doch nicht geträumt? Es muß etwas geschehen sein. Aber was? Meine Gedanken sind aufgeschreckt. War es ein Leberfall? Überlege ich. Was geschieht nachts nicht alles in den dunklen Gängen der Straßen! Was es der Schlafstreich, den jemand unter sein Leben gepogen hat? Ich sehe in die Nacht hinaus. Sie bleibt mir die Antwort schuldig. Klar und eilig stehen die Sterne am Himmel. Die Stunden tropfen von ihnen herunter, in ein dunkles Gefäß, in dem sie lautlos auf-fallen. —

Ich weiß nicht, wie lange ich am Fenster gestanden habe. Endlich schalte ich es und sehe mich wieder an den Tisch. Ich stütze den Kopf in die Hände und veruche, meine Gedanken zu sammeln. Es gelingt mir nicht. Als ich auf die Uhr sehe, ist es halb drei. Die Stunde des tiefsten Schlafes der Menschheit.

Ich weiß nicht, was in mich gefahren ist. Mitten in der Nacht fiel ein Schuß. Aber warum werde ich nur das Gefühl nicht los.

Die Uebersetzung von Eugène Dabit's Erinnerungen an das alte Paris seiner Kindheit „Ein Leben in Armut“ besorgte Lina Freuder.

und Grauen. Sein Gesang ist ein Gebet, ein singender Fluch dem Ungeheuer, das lächelnd darauf lauert, seine Lieber wie die Liebesbriefe seiner Segel zu zerlegen und ihn und sein Steuer in den Grund zu ziehen.

Die Wellen kennen kein Erbarmen. Ihr Spiel ist Grausamkeit. Ihr leises Lachen ist der Anfang und das Ende einer Schurkerei. In ihren Armen lauert nur der Tod.

Wie lange Streifen abgerollter Seidenballen, darunter sich Meter für Meter alle Todeschrecken verbergen, dehnt sich ihr Wellenfeld.

Sie macht dich versteinert mit ihrer sanften Hingebendheit in stiller Stunde und hält alle Grausamkeit bereit, dich an den Haaren in ihren Wellen aufzuhängen.

Du lernst ihr Geheimnis kennen, wenn du mit ihr den Kampf auf Leben und Tod wagst.

Nur mit unerschöpflicher Kraft und unendlicher Mühe, mit der Kostbarsten zu erringen und zu erhalten ist, nur mit der letzten Vorsicht und mit rücksichtsloser Gewalt, mit der Chirurgen Kammer des Lebens dem Tode öffnen und wieder verschließen, um einmaliges Sein mit kühner Hand zu erhalten, wird das urgewaltige Meubienweld dem Menschen eine freigebige Ernährerin.

Magen hat die ganze Welt erkannt — vielleicht besser als mein Auge.

Gesehen! Treffen muß man die Welt mit allen fünf Sinnen. Sehen: Marokko, das in Sonne schwimmt! Da drüben glühert ein maurisches Tümmchen. Der Himmel blaut. Und da trollen Araber auf ihrer Eisen, unter aufgespannten Regenschirmen auf ihren Eseln schlafend.

Hören: den dumpfen Klang der vielhundertjährigen Glocken der alten Kirche hoch über Marseille.

Fühlen: hingeschmiegt in zartes Urwaldmoos ein zärtliches Streicheln über meine Haut. . . (bitte, keine moralische Entrüstung — wer sagt, daß es ein Mann ist? Es kann auch die Quaste von einem Löwen Schwanz sein).

Schmecken: ein Stückchen überreifer indischer Papaja auf der Zunge schmelzend. . .

Aber das schönste ist doch, die Augen schließen, ganz gefühllos liegen und den Duft der in Portugal getauchten Trauben riechen!

Gewiß, man kann auf Reisen auch seine Gesichtsfenntnisse erweitern. Aber man muß der Geschichte ebensovienig wie den Geschichten nachlaufen. Die besten kommen ganz von allein. Zum Beispiel. Man sitzt nachts in der oberen Kabine der Kabine der Schiffs-offiziere und dampelt mit den Beinen. Da hängt ein Bild: Nelsons Heimkehr. Der Held von Trafalgar wird auf offener Bahre an Land getragen und ganz England entblüht das Haupt.

„Wissen Sie, wie die Sache wirklich war?“ sagte der zweite Radiooffizier. „Nelson war gefallen. Nun, damals hatten sie an Bord noch keine Kühlanlagen. Wochen dauerte die Reise. Wie war die Leiche nach Hause zu schaffen. Spiritus, konzentriert. Wo steckten sie Nelson in ein volles Faß Schnaps. Nelson war nur ein kleiner Stüpfel, er packte großartig hinein. Unterwegs kam nun ein großer Sturm und das Schiff schien verloren. „Nun ist uns alles wurscht“, sagten die Matrosen und setzten das Faß mit Nelson aus. Als sie in England ankamen, mußten sie Nelson erst einmal gründlich ausräuchern, ehe sie ihn in Gala ausstellen konnten.“

Das steht natürlich nicht in englischen Schulbüchern. Nur auf Reisen lernt man solche keine Geschichten aus der Geschichte.

daß etwas Entsetzliches geschehen ist? Warum peinig mich unabwiesbar der Gedanke, daß es gerade mich angeht?

Ich werke mir den Mantel um und gehe hinunter. Die Haustür knarrt. Die Laternen summen wie einzelne Lichtfüßer. Meine Schritte hallen an den Hauswänden wider. Ich gehe langsam auf den Park zu.

An der Ecke stoße ich mit einem Polizeiwachtmann zusammen. Er kam aus der Nebenstraße. Ich rede ihn an und sage: „Ich hörte zwei Schüsse im Park fallen. Vielleicht ist etwas passiert.“ Er blickt mich prüfend an. Nach einer Weile sagt er: „Ich muß sowieso durch den Park gehen. Kommen Sie mit!“ Wir biegen zusammen in den dunklen Park ein. Der Wind raschelt in den Wipfeln der Bäume. Der Boden schluckt unsere Schritte auf. „Bleib-leicht war es eine Fehzündung“, meint noch einer Welle der Beamtens. „In der Nacht täuscht man sich oft.“ Sein Gesicht ist von dem einsamen Gehen durch die schlafenden Strophen wie ausgewaschen, übernatürlich ernst. „Nein“, antworte ich, „der Knall war zu fern und dünn für eine Fehzündung.“ Dabei merke ich, daß meine Stimme heiser klingt. Eine Fehzündung? . . .

Wir gehen weiter durch den Park. Der Polizeiblick läßt den Lichtstrahl seiner Taschenlampe über die Bänke gleiten. Sie sind leer. Er zuckt die Achseln. Wir sprechen kein Wort und gehen weiter. Die Stämme der Bäume sind wie Gespenster, die ihre Arme nach allen Seiten ausstrecken.

Nirgendwo stehen wir am anderen Ausgange des Parks. Zwischen den Bäumen schimmert das Licht einer Laterne. Wir haben nichts gefunden. Aber es ist, als verberge der Park ein Geheimnis, das er nicht preisgeben will. Als wären die Bäume bemüht, sich uns in den Weg zu stellen, uns fernzuhalten mit ihren gepreßten Ästen. Und ich werde das Gefühl nicht los, als wären wir über einen Friedhof gegangen. —

Ich bin bis zum Morgen durch den Park gelaufen. Ich wollte ihm das Geheimnis entreißen. Aber er ließ mich nichts finden. Ich wurde müde bei diesem Gedanken. Als am Himmel eilig die ersten grauen Schwaden entlang zogen und den nächtlichen Bann zerbrachen, lag die Straße wieder vor mir, und es schien, als lauerte hinter den Häusern das Schicksal über dem schlafenden Leben. Drohend und unergründlich. —

Ich warf mich aufs Bett. Ich hätte mir ja die Ohren zustoßen können und hätte trotzdem immer noch den feinen, dünnen Knall hören müssen. Ein paar mal fuhr ich aus dem Halbschlummer auf und lauschte. — Nichts. — Nur in einer fernen Straße fuhr die erste Straßenbahn. Erschöpft schlief ich endlich ein.

Ich weiß nicht, wen man am nächsten Tage im Park gefunden hat. Ich bekam am Abend einen Brief. Ich konnte ihn gar nicht öffnen, so zitterten meine Hände. Ich floß über die Zellen und ich wachte alles: Stefan hatte sich in derselben Nacht erschossen. Er war mein Freund gewesen, und er hatte mir erst vor wenigen Tagen einen traurigen und hilflosen Brief geschrieben. Aber ich hatte die Antwort immer wieder verschoben. Ich hatte mir eingeredet, daß ich nicht in der richtigen Stimmung zum Schreiben wäre. Und er hatte gewartet. . . bis zu jener Nacht. —